

Innenstadt unter Schrumpfungsbedingungen

## Universitäts- und transnationale Doppelstadt als Perspektive?

Dokumentation einer Tagung am 09.06.2005 in Frankfurt (Oder)



Reimer Wulf/Stadtarchiv Frankfurt (Oder)

### Organisation, Moderation, Dokumentation

BÜRO FÜR STADTPLANUNG, -FORSCHUNG, UND -ERNEUERUNG

10999 Berlin Oranienplatz 5 Telefon 030 / 614 10 71

15230 Frankfurt (Oder) Große Scharnstraße 11 Telefon 0335 / 500 11 67

E-Mail: [info@pfe-berlin.de](mailto:info@pfe-berlin.de)



Gefördert aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen der Handlungsinitiative "Zukunft im Stadtteil" – ZiS 2000" des Landes Brandenburg sowie aus Bund-Länder-Mitteln für die Stadterneuerung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR)

## PROGRAMM

### 9.30 Uhr Begrüßung

Prof. Dr. Ulrich Häde, Europa-Universität Viadrina  
Martin Patzelt, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)

## BLOCK I: FOKUS INNENSTADTENTWICKLUNG

### 10.00 Uhr Fünf Jahre Revitalisierung der Frankfurter Innenstadt

Peter Edelmann, Beigeordneter für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz Frankfurt (Oder)

### 10.20 Uhr Grundsätze und Perspektiven der Innenstadtentwicklung

Rita Werneke, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg

## BLOCK II: PERSPEKTIVE TRANSNATIONALE DOPPELSTADT- ENTWICKLUNGS-IMPULS ODER PARALLELWELT?

### 10.50 Uhr Stadtentwicklung durch Kooperation – Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Brunhild Greiser, Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg

### 11.25 Uhr Grenzstadt als Chance

Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast, Europauniversität Viadrina

### 11.50 Uhr Europagarten 2003 – ein Erfahrungsbericht

Dr. Frank Jost, Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V.

### 12.10 Uhr Erfahrungen aus Guben-Gubin

Bürgermeister der Stadt Guben

## BLOCK III: DIE UNIVERSITÄT ALS MOTOR DER STADTENTWICKLUNG

### 14.00 Uhr Was ist noch zu retten?

#### Intellektuelle Erkenntnisse und Regionalmanagement der Zukunft

Dr. Krzysztof Wojciechowski, Collegium Polonicum

### 14.20 Uhr Wissensbasierte Stadtentwicklung am Beispiel Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Ulf Matthiesen, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner

### 14.40 Uhr Cottbusser Erfahrungen

Egbert Thiele, Amt für Stadtentwicklung Cottbus

### 15.00 Uhr Das Projekt "Słubfurt" – transnationale Kunstprojekte und Innenstadtentwicklung

Michael Kurzwelly, Słubfurt e.V.

### 17.00 Uhr Ende der Veranstaltung

## INHALT

Die vorliegende Dokumentation enthält Zusammenfassungen der folgenden Vorträge

### **Begrüßung**

Prof. Dr. Ulrich Häde, Europa-Universität Viadrina	3
Martin Patzelt, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)	5

### **Fünf Jahre Revitalisierung der Frankfurter Innenstadt \***

Peter Edelmann, Beigeordneter für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz Frankfurt (Oder)	8
---	---

### **Grundsätze und Perspektiven der Innenstadtentwicklung \***

Rita Werneke, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Land Brandenburg	11
--	----

### **Stadtentwicklung durch Kooperation- Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit \***

Brunhild Greiser, Landesamt für Bauen und Verkehr Land Brandenburg	14
--	----

### **Grenzstadt als Chance \***

Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast, Europa-Universität Viadrina	18
--	----

### **Erfahrungen aus Guben-Gubin \***

Klaus-Dieter Hübner, Bürgermeister Guben	20
--	----

### **Europagarten 2003 – ein Erfahrungsbericht \***

Dr. Frank Jost, Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V.	23
--	----

### **Was ist noch zu retten? Regionalmanagement der Zukunft**

Dr. Krzysztof Wojciechowski, Collegium Polonicum	25
--	----

### **Wissensbasierte Stadtentwicklung am Beispiel Frankfurt (Oder) \***

Prof. Dr. Ulf Matthiesen, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner	28
---	----

### **Cottbusser Erfahrungen \***

Egbert Thiele, Amt für Stadtentwicklung Cottbus	31
---	----

### **Welcome to Stubfurt \***

Michael Kurzwelly, Bürgermeister von Stubfurt	34
---	----

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Dr. Jochen Korfmacher, Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)	37
--	----

### **Teilnehmerliste**

41

- \* Die zu diesen Vorträgen gehörigen PowerPoint-Präsentationen können auf Wunsch digital zur Verfügung gestellt werden.

## Begrüßung

Prof. Dr. Ulrich Häde, Europa-Universität Viadrina



Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herrn,

ich darf Sie im Namen der Europa-Universität ganz herzlich hier bei uns begrüßen. Ich freue mich, dass Sie bei uns tagen, aber ich habe in Ihrem Programm gesehen, dass Sie nicht nur bei uns tagen, sondern auch mit uns tagen. So sind etwa Referenten aus unserer Universität im Programm zu finden. Und ich habe gesehen, dass auch die Universität selbst Gegenstand Ihrer Überlegungen ist, denn es heißt ja „Universitäts- und transnationale Doppelstadt als Perspektive“.

Ihre drei Themenblöcke versprechen Interessantes, aber auch Brisantes. Das deutet schon der Hinweis auf die Schrumpfung im Haupttitel Ihrer Tagung an. Die demografische Abwärtsentwicklung lässt sich bisher kaum bremsen.

Insgesamt ist die Stimmung in Frankfurt spätestens seit dem Aus für das Projekt Chipfabrik eher depressiv. Perspektiven sind deshalb unbedingt nötig. Die Titel zweier Ihrer Themenblöcke geben solche Aussichten oder sprechen sie zumindest

an: „Perspektive transnationale Doppelstadt“ und „Die Universität als Motor der Stadtentwicklung“.

Ich erinnere mich, dass Doppelstädte auch schon vor gut einem Jahr Gegenstand einer Konferenz an dieser Universität waren. Auch damals wurde deutlich, dass es nicht darum gehen kann, die durch Kriegswirren oder andere Ereignisse getrennten Städte wieder politisch zusammenzufügen, sondern es geht darum, zu einem für beide Teile vorteilhaften Miteinander zu kommen. Das gilt natürlich auch für Stübice und Frankfurt.

Ob die Universität nun Motor der Stadtentwicklung sein kann, das wird sich erst noch zeigen müssen. Jedenfalls prägt sie, wie wir alle hier sehen, das Stadtbild mit. Die Stadtverwaltung hat in den letzten Tagen viel Kritik einstecken müssen, weil sie versuchsweise ein Stück dieser Straße hier direkt vor uns hat sperren lassen. Der Oberbürgermeister hat trotz dieser Kritik deutlich gemacht, dass dieser Versuch nicht abgebrochen wird. Für diese Standfestigkeit möchte ich ihm herzlich danken. Ich bedauere sehr, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, man sperre die Straße, weil die Angehörigen unserer Universität sich nicht verkehrsgerecht verhalten können. Es geht darum, dass wir als Universität schon lange den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, dass ein zusammenhängender Universitätscampus entsteht, damit das Hin und Her zwischen dem Hauptgebäude, dem Audimax-Gebäude und dem Gräfin-Dönhoff-Gebäude ungefährdet möglich wird.

Ich selbst habe im November 2003 beim Richtfest für dieses Gebäude öffentlich die Hoffnung und Bitte an die Stadt gerichtet, eine Verkehrsführung zu finden, die diesen Bereich sehr viel stärker vom Durch-

gangsverkehr entlastet. Wenn die Stadtverwaltung nun versuchsweise diese Bitte erfüllt, dann sollte man sie dafür nicht prügeln, sondern vielmehr ihren Mut loben.

Das hat, denke ich, auch etwas mit Ihrer Konferenz und mit Innenstadtentwicklung zu tun, mit dem ersten Themenblock. Ich hoffe sowohl als Vertreter der Universität als auch als Bürger dieser Stadt sehr, dass Sie wichtige Anstöße geben können für die gute Entwicklung der beiden Nachbarstädte Frankfurt und Słubice. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung einen guten und wirklich fruchtbaren Verlauf!

## Martin Patzelt, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Gäste,

wenn ich mich in der Runde umschaue, dann sehe ich viele vertraute Gesichter und vor allen Dingen das Engagement und die Fachkunde, die Sie hier miteinander zusammentragen. Wir haben uns hier als Akteure versammelt, die in einer sehr schwierigen Situation die Hände nicht ruhen lassen, nicht verzagen, sondern das, was Ihnen ihr Fachwissen, ihre Erfahrung, ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung gebieten, tatsächlich auch nutzen. Und so verstehe ich diese Veranstaltung hier, die sich ja sehr bewusst dem Konflikt „Schrumpfende Stadt“ widmen möchte. Und dass sie in der Innenstadt stattfindet, in dem Potenzial, welches uns als Stadt zur Verfügung steht, ist sehr erfreulich. Es kann nur dazu beitragen, dass die Überlegungen, die hier angestellt werden, dann auch produktiv werden. Ich begrüße Sie also alle sehr herzlich zu der Konferenz. Ich freue mich sehr, dass sie stattfindet.

Frankfurt (Oder) schrumpft nicht nur – Frankfurt (Oder) hat auch Potenziale. Und ich denke, dass wir als Stadt schöner und attraktiver werden, das ist keine irrationale

Vision, sondern das hat auch ganz konkrete Grundlagen.

Ein solches Potenzial ist beispielsweise die Rückkehr der Fenster unserer Marienkirche: ein Weltkulturschatz. Wir stellen die Fenster wieder her, wir geben sie der Öffentlichkeit zurück. Damit entsteht ein touristischer Anziehungspunkt für Menschen, der die Innenstadt von Frankfurt (Oder) ganz wertvoll bereichert. Und da bekommt auf einmal das Wort „Schöner Schrumpfen“ – was für mich eine ganz außerordentliche Herausforderung ist, auch angesichts der finanziellen Potenziale, die wir haben – ein kleines Gesicht.

Wir versuchen, alles dafür zu tun, dass die Stadt Frankfurt (Oder) der Zukunft sich nicht nur schlank schrumpft, sondern zugleich erlebbar attraktiver wird. Wir dürfen nichts schönreden. Wir dürfen gegenüber der Öffentlichkeit, den Menschen in unserer Stadt und darüber hinaus nicht vordergründig plakativ Formeln benutzen, die sich dann nicht mit Inhalten verbürgen lassen. Wir müssen Mut zum Realismus haben, auch in der Ansage. Aber wir dürfen auch die Potenziale, die tatsächlich eine Entwicklungschance aufzeigen, beim Namen nennen. Damit eine Stadt ihre Zukunft sichert, müssen wir solche Potenziale suchen, ausbauen und erneuern.

Ich möchte dem Land Brandenburg an dieser Stelle sehr herzlich danken für die Handlungsinitiative „Zukunft im Stadtteil – ZiS 2000“, von der wir – und davon können sich alle, die ein bisschen Ortskenntnis haben, überzeugen – hier sehr profitiert haben und weiter zu profitieren hoffen.

Am Beispiel des mittleren Fensters im wiederhergestellten Chorscheitel der Marienkirche hat ein Prozess seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden, der neben vielen anderen Effekten die Bürger Frankfurts

neu an ihre Stadtgeschichte bindet. St. Marien in der Innenstadt ist damit wieder auf dem Weg zum spirituell-kulturellen Zentrum der Stadt. Auch ein großes Wort. Aber ich sage das hier so, weil ich darauf hinweisen möchte, dass alle unsere Bemühungen wahrscheinlich nicht so erfolgreich sein werden wie sie sein könnten, wenn sie nicht einhergehen mit einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt. Ich halte das für einen ganz entscheidenden Punkt. Denn gerade, wenn die Zeiten schwer sind, wenn die Aufgaben eine Herausforderung bedeuten, wenn die finanziellen Ressourcen sehr knapp sind, heißt es: die Menschen, die hier agieren, die hier leben, müssen verstehen, was mit ihnen und um sie herum geschieht. Sie müssen einwilligen, und sie müssen es aktiv und produktiv mitleben.

Wir haben in Frankfurt (Oder) in den letzten Jahren einige Entwicklungen erleben können, die uns auf diesem Weg Mut machen. Das ist insbesondere die Attraktivitätssteigerung unserer Innenstadt und dazu gehört – und damit gehe ich auch auf den aktuellen Konflikt ein: die experimentelle Straßensperrung vor dem Audimax. Wir wollen der Universität – die wir so oft preisen – und ihren Bedürfnissen, sich zwischen den Hauptgebäuden sicher zu bewegen, Raum geben. Ich kann mir vorstellen, dass zwischen Hauptgebäude und Auditorium Maximum eine verkehrsberuhigte Zone als gestaltete Fläche entsteht, ein Campus eben, wo alle ihr Recht haben.

Was benötigt aber eine Innenstadt über diese Identifikation und diese Belebung hinaus? Der wirtschaftliche und soziale Transformationsprozess der letzten Jahre hat auch in Frankfurt an der Oder zu erheblichen Veränderungen im gesamten Stadtgefüge geführt. Wir stehen vor einem schrittweisen Wandlungsprozess, der die Stabilität und Dauerhaftigkeit einzelner Stadtgebiete und Wohnquartiere in Frage

stellt und als Herausforderung an die kommunale Politik gelten muss.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass unsere eigene Diskussion – ich sage das auch für die Stadtverwaltung – sich gelegentlich in der Auseinandersetzung mit den Akteuren dieses Prozesses scheut, eine eigene Position nachdrücklich auch öffentlich zu beziehen. Dass wir sehr vorschnell versuchen, auf einen Konsens einzuschwenken, der nicht immer die optimalen Möglichkeiten der Stadtgestaltung als Ganzes zu Sprache bringt.

Diese komplexen Aufgaben dürfen uns jedoch nicht davon abhalten, weiterhin die Innenstadt als Fokus der Gesamtstadt zu befördern, ohne die innenstadtfernen Quartiere zu vernachlässigen. Aber wir müssen deutlich machen, wo die Prioritäten sind. Die Priorität hat die Innenstadt von Frankfurt (Oder). Ich bin außerordentlich dankbar und auch ein bisschen beruhigt, dass in den Ortsteilen unserer Stadt so viel bürgerschaftliches Engagement vorhanden ist, um das ein wenig zu kompensieren, was wir dort als ganze Stadt nicht leisten können. Es heißt also nicht: Ortsteile versus Innenstadt, sondern es heißt, dass wir eine Priorität von Aufgaben formulieren und dann sehen müssen, wie wir damit möglichst einvernehmlich umgehen können und gegebenenfalls auch nicht im Einvernehmen handeln.

Wir argumentieren mit der Bedeutung der Innenstadt auch für die nachhaltige Konsolidierung dieser Teilgebiete und weisen auf Einrichtungen und Infrastrukturen vielfältiger Art im Zentrum hin, die auch für die Bürger aus anderen Stadtgebieten wichtig sind.

Unsere heutige Konferenz stellt die Bedeutung der Universität als ein Potenzial und die enge nachbarschaftliche Verknüpfung mit Stübice als weiteres Potenzial dar. Das ist eine sehr facettenreiche, diffe-

renzierte Betrachtung wert. Das sind die Motoren von Stadtentwicklung.

Wir haben in der Innenstadt viel Potenzial: Flächen, leer stehende Gebäude, bebaubare Grundstücke. Dieses Potenzial mittel- und langfristig zu nutzen ist das Ziel der Innenstadtentwicklung. Wir haben dieses Ziel nicht immer energisch genug verfolgt. Ich sage jetzt aber: sehr stringent bei allen Neubauvorhaben in der Stadt ist zu prüfen, ob wir nicht eine andere Fläche, ein anderes Gebäude, eine andere Liegenschaft im Zentrum anbieten können. Wir wollen möglichst wenig neue Gebäude, schon gar nicht am Stadtrand. Wir stimmen dem nach Möglichkeit überhaupt nicht zu. Wir müssen unterschiedliche Interessen zusammenführen, wir müssen Ausgleiche suchen und wir müssen auch gegebenenfalls politische Prioritäten setzen. Wir dürfen nicht die aktuellen temporären Nöte, die da sind – die will ich gar nicht kleinreden und ignorieren – über eine Stadtentwicklung als Ganzes stellen. Ich mahne das immer wieder an. Und wir sollten dann auch in der öffentlichen Diskussion gegebenenfalls kontrovers diskutieren.

Das Dilemma sollen wir nicht beschreiben, sondern wir sollen die Krise tatsächlich als eine Chance zur Weiterentwicklung unserer Stadt nutzen. Die Chance liegt darin, dass wir mit den Rahmenbedingungen der Schrumpfung möglichst klug und angemessen umgehen müssen. Eine kleinere Stadt ist noch keine schlechtere Stadt. Aber wie gehen wir mit den Folgen um?

Das ist das Thema heute hier. Dafür wünsche ich Ihnen viele gute Gedanken und viel Erfolg.



Peter Edelmann, Beigeordneter für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz  
**Fünf Jahre Revitalisierung der Frankfurter Innenstadt**



Die Eckpfeiler der zukünftigen Wirtschafts- und Stadtentwicklung wurden im Strategiekonzept zur Stabilisierung der Wirtschaft" 2004 zusammengefasst. Die Potenziale und Kompetenzen für die wirtschaftliche Entwicklung von Frankfurt (Oder) werden in folgenden Standortfaktoren gesehen:

- Oberzentrum
- Kooperation mit Stubice und Euroregion Viadrina
- touristische Potenziale der Region Oderland - Spree
- geopolitische Lage und hervorragende Verkehrsanbindung
- erschlossene preisgünstige Gewerbeflächen in Autobahnnähe
- Wissenschafts- und Forschungspotenzial, vor allem die Europa-Universität Viadrina und das Institut für Halbleiterphysik
- Technologie - und Innovationspotenziale unterschiedlicher mittelständischer Unternehmen

Daraus leiten sich die folgenden fünf strategischen Hauptziele der Wirtschaftsförderung ab:

1. Die Festigung des Oberzentrums und regionalen Entwicklungszentrums
2. Der Ausbau des Universitätsstandortes Frankfurt (Oder)
3. Die Entwicklung als Zentrum für Dienstleistungen und Osteuropa-kompetenz
4. Die Weiterentwicklung des Standortes für innovative Technologien und produzierendes Gewerbe
5. Die Weiterentwicklung der Tourismuswirtschaft

Umfangreiche arbeitsmarktbedingte Abwanderungen, niedrige Geburtenraten bei hohen Sterbeüberschüssen und Wohneigentumsbildung im Umland haben in den letzten Jahren auch in Frankfurt (Oder) zu einem dramatischen Bevölkerungsrückgang und damit auch zu einem immer noch wachsenden, mittlerweile die Existenz der Wohnungsunternehmen gefährdenden, Wohnungsleerstand geführt. Die Einwohnerzahl hat sich von 87.000 Einwohnern im Jahr 1989 auf 64.656 Einwohner Ende 2004 um rd. ein Viertel verringert. Nach den vorliegenden Bevölkerungsvorausschätzungen der Kommunalen Statistikstelle wird die Einwohnerzahl bis 2015 auf 59.350 Einwohner (Szenario A) bzw. 54.000 Einwohner (Szenario B) zurückgehen.

Darauf hat die Stadt mit der Fortschreibung ihres Stadtumbaukonzeptes reagiert, und den Rückbau von insgesamt rd. 7.500 Wohnungen bis 2010 beschlossen.

Dabei wird folgendes gesamtstädtisches Leitbild zugrunde gelegt:

- Stärkung der kompakten, räumlich differenzierten Stadt
- Schrumpfung von außen nach innen
- Stärkung und Revitalisierung des Stadtzentrums als identitätsstiftende Mitte

- Stabilisierung und städtebauliche Aufwertung der zentralen Bereiche der Stadtumbaugebiete
- Zunehmende Umorientierung der Stadtentwicklung auf freiflächenbezogene Planung

Vor diesem Hintergrund können wir die Resultate der Innenstadtsanierung durchaus als Anzeichen für eine Erfolgsgeschichte der schrittweisen Belebung des Frankfurter Zentrums werten. Das veranlasst uns jedoch nicht, die Hände selbstzufrieden in den Schoß zu legen – im Gegenteil: Die als Umgestaltung der Innenstadt zusammengefasste Strategie wird von uns als eine Daueraufgabe verstanden, die ständig auf ihre Zielführung zu überprüfen und ggf. flexibel genug sein muss, um an veränderte Bedingungen angepasst zu werden.

Das Thema unserer Konferenz fokussiert einen zentralen Aspekt des Stadtumbaus in Frankfurt (Oder):

- Welche Perspektiven und Chancen haben wir, um mit unseren besonderen Potenzialen einer Universitäts- und transnationalen Doppelstadt die Innenstadtentwicklung in den nächsten Jahren ähnlich erfolgreich fortzuführen wie in den letzten Jahren?
- Welche Konzepte für die Innenstadt müssen wir profilieren und vor allem: Wie sind sie in die alltägliche Kommunalpolitik und Verwaltungspraxis zu übertragen?
- Wir haben gerade in einem umfassenden Erörterungs- und Beteiligungsverfahren eine Fortschreibung der städtebaulichen Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet „Ehemalige Altstadt“ vorgenommen. Dazu haben wir die ursprünglichen Sanierungsziele auf den Prüfstand gestellt, weil seit 1998 – dem Datum des ersten Neuordnungskonzeptes – jene Prozesse verstärkt stattfanden, die uns zu einem deutlichen Umdenken veranlassten:

- Wirtschaftlicher Strukturwandel,
- Bevölkerungsrückgang,
- Anstieg von Wohnungsleerstand,
- Eintrübung des Investitionsklimas.

Im Ergebnis der Fortschreibung haben wir die Sanierungsziele für die Innenstadt weitgehend bestätigt. Wir sind jedoch in den Größenordnungen der schrittweisen baulichen Verdichtung der innerstädtischen Potenzialflächen deutlich bescheidener geworden.

Es bleibt bei der mit allen zukünftigen Maßnahmen und Projekten anzustrebende Steigerung der Attraktivität der Innenstadt als Leitvorstellung, und es geht um die Aufwertung der Funktionen

- Wohnen in der Innenstadt
- Innenstadt als Campus der Europa-Universität
- Kulturangebote für Stadt und Region
- Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum
- Doppelstadt – Verknüpfung der beiden Stadtkerne Frankfurt (Oder)-Słubice.

Die Innenstadt bietet für alle diese erforderlichen Zentrumsnutzungen Räume und Orte, Potenziale und Flächen sowie Synergiechancen durch multiple Nutzungen und räumliche Nähe.

Aber warum überhaupt diese Priorität für die Innenstadt von Frankfurt (Oder) bzw. für die beiden Stadtkerne beiderseits der Oder? Ein genauerer Blick auf die Standorte derjenigen Akteure, die im Netzwerk zukunftsfähiger Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionseinrichtungen Träger einer wissensbasierten Stadtentwicklung sind, zeigt in den Zentren der Städte nur jeweils einen Partner: Die Europa-Universität und das Collegium Polonicum. Weitere Institutionen – in der klassischen europäischen Stadt in der Regel im Zentrum verortet – sind durch Entscheidungen auf kommunaler und Landesebene in den

vergangenen Jahren aus der Innenstadt verlagert worden. Begründet mit nachnutzungsfähigen Immobilien (Kasernen, Krankenhäuser), umfangreichen Stellplatzangeboten und guter verkehrlicher Erreichbarkeit sind publikumsintensive Dienstleistungen mit vielen Arbeitsplätzen nicht mehr als belebende innerstädtische „Frequenzbringer“ verfügbar.

Diese Entwicklungen können uns jedoch nicht davon abhalten, weiterhin die Innenstadt als zentralen Gravitationsschwerpunkt der Stadt zu befördern. Das geht durch aus einher mit der Stabilisierung der weiteren Wohnquartiere im Stadtgebiet, die ebenfalls unsere Aufmerksamkeit erfordert. Dabei ist vor allem die funktionale und nutzungsdifferenzierte Balance zwischen Stadtkern und dezentralen Wohngebieten von Bedeutung. Gerade urbane Nutzungen können nur im Zentrum verortet werden, wenn sie nachhaltig zur gesamtstädtischen Konsolidierung beitragen sollen.

Es bleibt bei der mit allen zukünftigen Maßnahmen und Projekten anzustrebenden Attraktivitätssteigerung als Leitvorstellung, und es geht um die Aufwertung der Funktion der Innenstadt

- als Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum der Stadt und der Region
- als Netzwerk vielfältiger Kultur- und Freizeitangebote in einem sorgsam gestalteten Stadt-, Landschafts- und Parkgefüge
- als Campus der Europa-Universität und urbaner Begegnungsraum für Studierende und Lehrende mit den Bürgern aus den beiden Städten Frankfurt und Słubice

- als eine Hälfte der „transnationalen Doppelstadt“ Frankfurt (Oder)/Słubice
- aber auch nach wie vor als Wohnort mit kurzen Wegen zu Infrastruktur- und Gemeinbedarfseinrichtungen.

Wir konnten in den letzten Jahren dabei auf verschiedene Förderprogramme zurückgreifen (Stadterneuerungsmittel, ZiS 2000, Oderprogramm, INTERREG, Stadtumbau Ost). Dabei ist die Überlagerung der Fördergebietskulissen eine sehr effiziente Methode der Mittelbündelung gewesen. Ohne diese Vervielfachung der kommunalen Eigenmittel wären wir aus eigener Investitionskraft nicht zu den beachtenswerten Erfolgen in der Lage gewesen.

Ergänzend zu den funktionalen und nutzungsbezogenen Planungen gehört natürlich auch die städtebaulich-gestalterische Qualität der vorgesehenen Maßnahmen zum Zielkatalog der zukünftigen Ausgestaltung der Innenstadt. Sicher werden wir nicht jeden privaten Investor zu einem Architektenwettbewerb bewegen können. Überall dort, wo es um entscheidende städtebauliche Qualitäten in der Wahrnehmung der Innenstadt geht, werden wir jedoch Wert darauf legen, dass die Form der Gebäude die Nutzungen zeitgemäß interpretiert.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns über die Entscheidung des Allgemeinen Ingenieur Verein zu Berlin, den nächsten Schinkelwettbewerb 2006 in unserer Stadt zu veranstalten. Die Aufgaben für Architekten, Stadtplaner, Landschaftsarchitekten und weiteren Fachingenieuren berücksichtigen in großen Maße auch die Fragen unserer Konferenz: z.B. Transnationale Doppelstadt, Grenzüberschreitende Universitäten, „Europa Bauen“.

Rita Werneke, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Land Brandenburg (MIR)  
**Grundsätze und Perspektiven der Innenstadtentwicklung**



Das Land Brandenburg wird bis 2020 voraussichtlich 180.000 Einwohner verlieren. Gleichzeitig werden über 25% der Bevölkerung aus älteren Menschen bestehen und die öffentlichen Finanzen sind an den Grenzen ihrer Belastbarkeit. 175 Mio. € sollen im Land Brandenburg eingespart werden. Im Rahmen der Städtebauförderung werden sich die Anteile der Städtebauförderung von Ost nach West verschieben. Das Kabinett hat im Rahmen des Haushaltes 2005/2006 beschlossen, die Wohnraumförderung aus dem Landeswohnungsbauvermögen mit Ablauf des Jahres 2006 einzustellen. Was danach kommt, ist noch nicht geklärt. Das MIR untersucht derzeit, was das Programm gebracht hat und wo sich ggf. weitere Bedarfe ab 2007 ergeben.

Bei sachlicher Betrachtung ergeben sich folgende Feststellungen: Förderpolitik muss den demographischen Veränderungen und den finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Was zukünftig nicht mehr finanzierbar sein wird, ist das Leitbild einer regional ausgleichenden Förderung, d.h. das Gegensteuern gegen Prozesse, die nicht aufzuhalten sind. Das bedeutet aber nicht, die Förderung zu-

künftig ausschließlich auf den Engeren Verflechtungsraum zu konzentrieren und andere Regionen mutwillig oder fahrlässig zu entleeren.

Die Brandenburgische Landesregierung nähert sich diesem Thema bislang auf unterschiedliche Weise, an einem Gesamtkonzept wird gegenwärtig gearbeitet. Es besteht zum einen aus dem Landesentwicklungsplan Zentrale Orte, in dem die 152 Zentralen Orte auf nach derzeitigem Diskussionsstand 63 Zentrale Orte mit der vorrangigen Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung reduziert werden sollen.

Daneben steht die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, an der das Wirtschaftsministerium arbeitet. Hier geht es im Kern um ein Wachstumsprogramm für den Mittelstand, andererseits um die Konzentration auf Branchenkompetenzfelder.

Auch die Unterstützung des MIR kann nicht mehr alle Bedarfslagen in den Kommunen abdecken, und sie kann auch nicht mehr vornehmlich regional begründet sein. Wir müssen an spezifischen Qualitäten, an besonderen wirtschaftlichen Potenzialen oder regionalen Begabungen ansetzen. Das MIR beabsichtigt deshalb, in seiner Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik zukünftig zu differenzieren in

- Zentren der Wissensentwicklung, der Innovation und Produktion mit ihrer Funktion als wirtschaftlicher Motor für das Land insgesamt,
- Stadtregionen, die eine primäre Versorgungs- und Dienstleistungsfunktion für ihr jeweiliges Umland haben,
- eher ländlich und naturnah geprägte periphere Stadtregionen mit ihrer

Funktion im Freizeit-, Naherholungs- und Tourismusbereich.

Dies sind im Moment noch Arbeitsbegriffe, die im Rahmen der Erarbeitung des "Masterplans Stadtumbau" konkret ausformuliert werden. Er wird an verschiedenen Stellen verstärkt Möglichkeiten einer unmittelbaren Einbindung anderer Ministerien, z.B. bei der Initiierung modellhafter Projekte, bieten. Wir erwarten die Ergebnisse bis Ende 2005.

Stadtentwicklung heißt heute Stadtumbau. Wir müssen uns vor dem Hintergrund der beschriebenen Rahmenbedingungen darüber klar werden, welche Stadtteile und Quartiere für die Stärkung der Stadt auch zukünftig eine besondere Bedeutung haben werden, in welchen Stadtteilen mit derzeit großem Handlungsbedarf langfristig eine positive Entwicklungsperspektive besteht und welche Stadtteile oder Teile von Stadtteilen gegebenenfalls auch ohne Perspektive sind. Nur dies bietet die Gewähr für die angesichts geringer werdender Ressourcen erforderliche Konzentration und auch für einen zielgerichteten Fördermitteleinsatz. Wir können es uns nicht mehr leisten, langfristig perspektivlose Stadtteile "aufzuhübschen". Was wir brauchen, ist eine Vision für die Stadt in 10 bis 20 Jahren. Dies umfasst individuelle, integrierte Strategien für die Stadtteile, die das Ministerium von den Städten einfordern wird.

Wir gehen davon aus - auch das wird gegenwärtig untersucht - dass es trotz der Wohnungsüberhänge auch nach 2006 noch eine qualitativ nicht befriedigte Wohnraumnachfrage geben wird, etwa nach altengerechtem Wohnraum oder individuellem Wohnraum. Die Mietwohnraumförderung und die Eigentumsförderung werden daher auf die Innenstädte konzentriert. Gegenwärtig wird speziell die Eigentumsförderung des Landes neu ausgerichtet. Es wurde eine räumliche Eingrenzung auf innerstädtische Sanie-

rungs- und andere Schwerpunktgebiete der Stadtentwicklung beschlossen. Die Einbettung von Projekten der Wohneigentumsbildung in Stadtumbau- und Stadterneuerungsmaßnahmen soll eine nachhaltige Standortentwicklung im übergeordneten Zusammenhang sicherstellen.

Da wir annehmen, dass die Realisierung von Wohneigentumsmaßnahmen in den Innenstädten in der Regel mit höheren Kosten verbunden ist - auch das wird gegenwärtig genauer untersucht - werden voraussichtlich auch die Einkommensgrenzen erhöht, um eine entsprechende Klientel erschließen zu können. Eine Richtlinien-Änderung wird derzeit erarbeitet.

Um den Prozess der Wohneigentumsbildung im teilräumlichen Kontext weiterzuentwickeln, hat das MIR Modellvorhaben in acht Städten gestartet. Ziel ist die Integration von Wohneigentumsmaßnahmen und weiterer abgestimmter Fördermaßnahmen, die der Stärkung dieser teilräumlichen Bereiche dienen. Die Ergebnisse der Modellvorhaben werden in die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Modellvorhaben einfließen, um diese speziell für die Innenstädte zu optimieren. Sie werden auch in die Weiterentwicklung der Städtebauförderung einfließen. Wir erwarten im Gegenzug von den Städten, dass sie gezielt Wohneigentumsstrategien für die Innenstädte entwickeln.

Eine enge inhaltliche Verzahnung der Stadtentwicklungspolitik mit anderen sektoralen Ansätzen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung, Umwelt, Soziales ist unverzichtbar. Der "Masterplan Stadtumbau" soll dabei als Verfahren dienen, die Förderung unter den Prämissen Mittelleinsparung, demographischer Wandel, Effizienz, Problembezug, veränderte landespolitische Zielvorgaben und verstärkte ressortübergreifende Kooperation neu auszurichten. Das MIR wird die jeweiligen Ressorts einladen, sich an einer konzertierten Politik für die Brandenburger

Städte zu beteiligen. Wir erwarten auch von den Städten, dass sie künftig noch stärker vernetzt denken, Ressortgrenzen überwinden und gemeinsam handeln. Nicht nur in Politik, Verwaltung und Institutionen, sondern auch gemeinsam mit ihren Bewohnern.

Aufgrund der guten Erfahrung mit dem Wettbewerb "Attraktiver Standort Innenstadt" wird das MIR Anfang 2006 einen weiteren Wettbewerb mit ähnlicher Thematik ausgeben. Inhalte und Bedingungen werden derzeit erarbeitet.

Mit dem Wirtschaftsministerium gibt es Gespräche über eine gemeinsame Förderung zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Innenstadt unter Einbeziehung und Aktivierung von Gewerbetreibenden, Grundstückseigentümern und Kommunalverwaltungen. Auch hier sollen integrierte Konzepte für die Innenstadtentwicklung die Grundlage sein, die sich auf eine Fördergebietsabgrenzung beziehen. Diese können u.U. auch kleiner gefasst sein als innerstädtische Sanierungsgebiete. Die Fördermittel sollen sowohl der Finanzierung von Sachinvestitionen als auch von Humankapital dienen. Das MIR strebt an, dass die nationale Kofinanzierung durch Mittel der Städtebauförderung erfolgen kann. Dies soll ein erster Schritt dazu sein, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung eine integrierte Strukturpolitik für die Innenstädte umzusetzen.

Brunhild Greiser, Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) des Landes Brandenburg  
**Stadtentwicklung durch Kooperation - Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**



Die heutige Veranstaltung steht unter dem Fokus "Neue Perspektiven". In meinem Beitrag möchte ich als mögliche Perspektive die Vernetzung in den Mittelpunkt stellen und dabei besonders die transnationale Kooperation bei der Stadtentwicklung zwischen Grenzstädten beiderseits von Oder und Neiße betrachten. In diesem Raum nehmen natürlich die Zwillingstädte Frankfurt/Słubice, Guben/Gubin, die Städte- und Gemeindepaare Küstrin-Kietz /Kostrzyn, Forst/Brody sowie die Städte mit Brücken Schwedt/Gryfino und im weitesten Sinne auch Bad Freienwalde eine Schlüsselrolle ein.

Ich beziehe mich dabei auf den Raum der drei Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober. In diesem ländlich geprägten Raum zwischen Prenzlau und Gryfino im Norden und Spremberg und Zagan im Süden dominieren mittelgroße und Kleinstädte. Von den insgesamt 88 Städten haben nur drei mehr als 100.000 Einwohner, aber 33 Städte unter 5.000 Einwohner.

Die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung gehen von weiteren tief greifenden

Änderungen in der demografischen Struktur aus. Negative Entwicklungstrends auf der deutschen Seite sind auch schon auf polnischer Seite erkennbar. Es ist davon auszugehen, dass sich die ohnehin schon schwierigen Bedingungen infolge von Abwanderungsprozessen, Arbeitslosigkeit, Kaufkraftrückgang, Wohnungsleerstand und Überalterung verschärfen werden.

Wie können die Städte als Anker und Brücken zu einer gemeinsamen Standortentwicklung im Grenzraum Ostbrandenburg-Westpolen beitragen? Als Anker, als Orte zentraler Funktionen und urbanen Lebens, die als Identitätsträger fungieren, als Brücken für gemeinsame Zukunft durch kulturelle Identität wirken? Im Bereich der Stadtentwicklung liegt die Basis für ein gemeinsames Handeln in den Gemeinsamkeiten und den Ähnlichkeiten in der Region, in der Lage im dünn besiedelten Raum, der Nähe zu den Großstädten, dem gemeinsamen Kulturraum, den hervorragenden Landschaftspotenzialen, aber besonders in den Problemlagen und der Betroffenheit von den gravierenden wirtschaftlichen Umbrüchen und den demografischen Verwerfungen.

Im Ergebnis von Befragungen in mehr als 20 deutschen und polnischen Grenzstädten können wir neue Kooperationsfelder für eine längerfristige Zusammenarbeit im Bereich Stadtentwicklung benennen. Diese Kooperationsfelder könnten im Bereich Stadtentwicklung sowohl auf kleinräumiger Ebene – zwischen den Doppelstädten – als auch auf regionaler Ebene eine besondere Rolle für ein gemeinsames Handeln spielen.

Stadterneuerung und Stadtkultur – ein zentrales Thema für die Grenzstädte, denn durch Kriegszerstörung haben viele Städ-

te an Attraktivität und Urbanität verloren. In einigen sind die Wunden des Krieges bis heute sichtbar, wie zum Beispiel in Gubin. Wissens- und Erfahrungstransfer in Bereich Sanierung, Fördermitteleinsatz, Innenstadtentwicklung sind hier von Bedeutung.

Stadtumbau ist ein Schlüsselwort. Hohe Leerstandsahlen in den deutschen Grenzstädten und Wohnungsnachfrage in den polnischen Städten – ein Themenfeld mit großer Brisanz. Die Frage, ob es einen gemeinsamen Wohnungsmarkt geben kann und für welche Städte er von Bedeutung werden könnte, ist offen. Städte im Landkreis Uecker-Randow gehen erste Schritte mit dem Slogan „Studieren in Stettin, wohnen in Deutschland“ oder der Versuch der Vermarktung von stadteigenen, meist unsanierten Häusern an polnische Bürger.

Wirtschaft und Tourismus sind weitere Themen. Hier geht es besonders um die Bündelung der Stärken und Ausgleich der Schwächen, um im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen zu können. Die Stärken der Städte und der Region sind die hervorragenden baulichen und landschaftlichen Potenziale wie die Schlösser, die Herrenhäuser, die Kirchen, große Parkanlagen und vieles andere mehr.

Bei immer knapper werdender finanzieller Ausstattung der Kommunen wird zukünftig auch über grenzübergreifende Funktionsteilung nachgedacht werden müssen, wie sie in Gestalt der Universität Viadrina oder der Kläranlage Guben-Gubin seit fast zehn Jahren bereits praktiziert wird. Regionale Netzwerke könnten als Bündnisse auf Zeit mit dem Schwerpunkt „Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden“ zu unterschiedlichen Themenfeldern zur Stärkung der Region auf kleinräumiger Ebene geschlossen werden.

Viele Aspekte der Stadtentwicklung lassen sich nicht mehr allein auf lokaler Ebene lösen. Zunehmend gewinnen integrative und überörtliche Strategien und Handlungsansätze an Bedeutung. Ich möchte Ihnen drei Beispiele aus anderen europäischen Grenzräumen vorstellen, wo Kooperationen schon eine lange Tradition haben.

Das Beispiel „EUROGA 2002plus“ ist ein Zusammenschluss von 33 Städten in drei deutschen Landkreisen und 31 niederländischen Städten. Am Anfang der Zusammenarbeit stand die Idee einer europäischen Gartenschau, um auf diese Weise Landes- und EU-Mittel in die Region zu holen. Es wurde schnell erkannt, dass das einmalige Ereignis einer Gartenschau zu kurz gedacht war. So wurde der Versuch unternommen, bereits initiierte Einzelprojekte in den Städten in einem regionalen Verbund zu vermarkten. Die Flussläufe und die vielen historischen Parks und Gärten, die typisch für die Region sind, wurden dabei in den Mittelpunkt gestellt. Acht Fahrradrouen machen die 120 Projekte erlebbar und erfahrbar.

Das zweite Beispiel: Die Europäische Route der Backsteingotik (EuRoB), ein Netzwerk von 27 Partnern aus sieben Ländern. Die Idee ist die Errichtung einer thematischen Route in den Städten rund um die Ostsee. Bei der Zusammenarbeit werden drei Ziele verfolgt: Wissenstransfer und Inwertsetzung von baulichen Zeugnissen, Erarbeitung eines Routenkataloges und Vorbereitung der transnationalen Vermarktung.

Das dritte Beispiel, die „EuRegionale 2008“ aus dem deutsch-niederländischen und belgischen Raum. Unter dem Motto „Es lebe der Unterschied – lebe den Unterschied!“ soll durch verschiedene Projekte die Vielfalt und Unterschiedlichkeit in der Drei-Länder-Region erfahrbar gemacht werden. Das Thema „Fremdgehen“ lädt z.B. ein zu einer Entdeckungsreise durch



die Region. Dabei stehen die kulturellen, baulichen, sprachlichen und auch die kulinarischen Verschiedenheiten im Mittelpunkt. Die Gestaltung von Landschaften, Wegen und Gebäuden soll dem Gesamt- raum ein neues Gepräge geben und bestehende Infrastrukturprobleme lösen.

Diese Beispiele zeigen, dass sich durch Verknüpfung der Potenziale und Ausnutzung der Unterschiede Synergien und Impulse für die Stadtentwicklung und damit auch für die Innenstadtentwicklung ergeben. Diese Beispiele sind sicher nicht 1:1 auf den deutsch-polnischen Grenz- raum übertragbar. Ein Nachdenken über den strategischen Ansatz ist zur Mobilisierung der vorhandenen Potenziale in den Städten und in der Region lohnenswert, denn an stadtentwicklungsrelevanten Potenzialen mangelt es weder in den Städten noch in der Region. Ich denke z.B. an die Schlösser und Herrenhäuser von Schinkel, Persius und Stüler, an Parks und Gärten von Lenné und Pückler, an Mühlen, Industriekultur oder Spuren von Kleist und Fontane.

Es gibt eine Vielzahl von Projekten und Initiativen in der Region. Viele sind jedoch auf Einmaligkeit ausgerichtet. Es fehlte bislang eine Plattform, die die Aktivitäten in der Region bündelt. Vor diesem Hintergrund haben sich im November 2004 zwölf deutsche und polnische Grenzstädte in einem „Forum Grenzstädte – Forum Miast granicznych“ zusammengeschlossen. Die Initiative ging vom Bürgermeister der Stadt Seelow aus. Sie wurde durch Grundlagenarbeit und Workshops durch das LBV, Abteilung Stadtentwicklung und Wohnen im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung unterstützt und inhaltlich befördert. Die Städte Bad Freienwalde, Buckow, Eisenhüttenstadt, Müncheberg, Seelow und Spremberg auf der deutschen Seite und das Kooperationszentrum der Wohnungswirtschaft in Gorzów sowie die Städte Gryfino, Kostrzyn, Myślibórz, Słubice, Rzepin so-

wie neu hinzugekommen Witnica, Spota- wa und Zary haben sich in der "Seelower Erklärung" zum Ziel gesetzt, die transnationale Zusammenarbeit im Bereich Stadt- entwicklung durch einen kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu verbessern. Einen Schwerpunkt soll dabei die Entwicklung grenzübergreifender Pro- jekte und die Erarbeitung praxisorientierter, exemplarischer Problemlösungen ein- nehmen. Eine Projektwerkstatt im April 2005 diente dazu, Projekte zu identifizieren und Arbeitsverantwortlichkeiten festzu- legen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Integration in bereits bestehende Akti- vitäten und Initiativen. Es wurden vier Themenfelder für gemeinsames Agieren benannt: Erstens: Städtetourismus. Hier- bei geht es um Herausstellung der spezifi- schen Qualitäten mit dem Ziel der Einbin- dung in die Projekte „Eiszeitstraße“, „Wassertourismus“, „Oder-Neiße- und Europaradweg“, „Landschaft des Jahres 2003/2004“ mit seinen Folgeprojekten. Zweitens: Energieeffiziente Städte, hierbei geht es um Energieeinsparungen in öf- fentlichen Gebäuden wie z.B. Rathäusern, Schulen, Kindergärten. Drittens: Gesunde Stadt, gesunde Region, Gesundheitsregi- on, Kurstädte, Einbindung in bestehende Netzwerke. Viertens: Nutzung moderner Medien im regionalen Zusammenhang, Aufbau eines elektronischen Datenaus- tausches. Für grenzüberschreitende Lö- sungen ist dafür beispielgebend das Tele- city-Projekt in Forst.

Diese Zusammenarbeit steht noch am Anfang. Sie hat sich von unten aus den Handlungsfeldern und aus den Problem- lagen entwickelt. Ein erstes Ergebnis die- ser Zusammenarbeit ist die zweisprachige Internetplattform „Forum Grenzstädte – Forum Miast granicznych“ ([www.forum- miast-granicznych.net](http://www.forum-miast-granicznych.net))

Sichtbare Erfolge werden davon abhän- gen, inwieweit es gelingt, Verständnis für die Problemlagen und Beweggründe des anderen zu wecken. Kooperation braucht

Kommunikation und Kontinuität, auch unter dem Aspekt der Bildung von Vertrauensgemeinschaften. Auf der kommunalen Ebene bedarf es dazu eines Prozesses der interkommunalen Zielfindung auf unterschiedlichen Ebenen. Das bedeutet, die eigene Kleinstaaterei zu überwinden. Es bedeutet auch, sich eine neue gemeinsame Sicht auf die Probleme zu erarbeiten.

Auf übergeordneter Ebene bedarf es einer konkreten Strukturpolitik, finanzieller Anreize und Koordination und um neue Handlungsspielräume zu ermöglichen, operationeller Möglichkeiten, die eine direkte Zusammenarbeit kommunaler Gebietskörperschaften erlauben. Ich denke dabei an das Karlsruher Übereinkommen im deutsch-französischen Raum.

Die Perspektive der Doppelstadt Frankfurt-Ślubice wird auch maßgeblich davon abhängen, welche Rolle die Städte im regionalen und transnationalen Kontext für sich definieren und zu übernehmen bereit sind.

Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast, Europa-Universität Viadrina

### Grenzstadt als Chance



Ich möchte etwas zu Rhetorik und Realpolitik in den Grenzstädten sagen. Die gemeinsame Geschichte kann verbindend wirken oder auch trennend. Der Ursprung der Grenzstädte, die sprachliche Verwandtschaft kann sowohl verbinden als auch trennen. Die Regime an der Grenze können Barrieren, aber auch Passagen bilden. Und das Wichtigste: Die Institutionalisierung kann als Chance oder auch als Falle interpretiert werden.

Militärischer Logik folgend, bevorzugten die Friedensmacher nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Flussgrenzen. So entstanden die geteilten Städte im östlichen Mitteleuropa als Sonderfälle.

Wie Alberto Gasparani feststellte, haben die Bewohner von Grenzstädten größeres Interesse an der Nachbarregion auf der anderen Seite der Grenze als an weiter entfernten Regionen des eigenen Landes. Auch für unsere Oder-Neiße-Grenze haben polnische und deutsche Untersuchungen belegt, dass in den Grenzregionen die nationalen Stereotypen weniger ausgeprägt sind als im Zentrum des Landes, dass das Bild vom Nachbarn differenzierter und genauer ist.

Die Doppelstädte sind aufeinander angewiesen. Sie können es sich gar nicht leisten, einander zu ignorieren, denn sie sind relativ schwach. Selten mehr als mittelgroß, liegen sie am Rande der jeweiligen Volkswirtschaft, mehrheitlich auch wirtschaftlich marginalisiert. Ihr Hinterland ist halbiert, die Ressourcen sind begrenzt.

Identität wächst aus Erinnerung und Tradition. Je älter die Grenzen sind, desto stärker empfinden die Doppelstädte die Geschichte als gemeinsames, verbindendes Erbe. Die friedliche Nachbarschaft von einer Generation und relativ offene Grenzen reichen schon aus, um eine gemeinsame Identität und gemeinsame Erinnerungen zu formen.

Nationale Geschichtsbilder prägen die Überlieferung, treffen an den Grenzen aufeinander und stehen, wenn sie sich nicht zur Deckung bringen lassen, der Herausbildung einer gemeinsamen Identität im Wege.

In den geteilten Städten Osteuropas ist das Trauma der Grenzziehung noch nicht aus der Erinnerung verschwunden. Die Stadträte von Słubice und Gubin verneinen in diesem Sinne die Frage nach einer gemeinsamen Geschichte mit der Schwesterstadt am deutschen Ufer. Słubice erhielt aus Anlass seines damals fünfzigjährigen Bestehens eine Stadtgeschichte, die mit der polnischen Besiedlung im Frühjahr 1945 begann.

Die Narben wurden dort immer wieder aufgerissen, wo die nationale Zugehörigkeit wiederholt wechselte. Geschichte ist eher ein teilender als ein integrierender Faktor für die Doppelstädte im östlichen Europa.

Gemeinsame Identität wurzelt in Verwandtschaft und Sprache. Der gleichsam paradiesische Urzustand des vor-nationalen Zeitalters bestand aus breiten Übergangsfeldern, in denen sich die Völker und Sprachen mischten. Die Bewohner der damaligen Doppelstädte hatten gleiche ethnische Wurzeln und verständigten sich in derselben Sprache. Erst der Nationalstaat sorgte mit Amtssprachen und allgemeiner Schulpflicht für einen grundlegenden Wandel. Die Staatsgrenze wurde zur Kultur- und Sprachgrenze und teilte die Doppelstädte.

In den Grenzstädten ist wie überall Einsprachigkeit vorherrschend. Träger grenzüberschreitender Zweisprachigkeit sind in der Minderheit. Wer meint, dass Angehörige des Nachbarvolkes sowohl durch neuere Wanderungen als auch durch ursprüngliche gemeinsame Siedlung für alle Grenzstädte typisch sein sollten, irrt. Wenn man aus unseren Untersuchungen alle Städtepaare herausnimmt, bei denen auf beiden Seiten dieselbe Hochsprache maßgeblich ist – und zieht man außerdem jene Städte außer Betracht, in denen die ethnische Zugehörigkeit zum Nachbarvolk fast die ganze Stadtbevölkerung betrifft – so findet man bei der Hälfte der verbleibenden zwölf Städtepaare keine nennenswerten Minderheiten. An der deutsch-polnischen Grenze geht dies auf den Bevölkerungsaustausch in den polischen Westgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die Bedingungen für grenzüberschreitende Nachbarschaft sind an Oder und Neiße auch *wegen* der fehlenden Minderheiten weitaus ungünstiger als in allen anderen von uns betrachteten Doppelstädten.

Zwillingsstädte sind offenbar in jeder Hinsicht ungleich. Auch die Minderheiten spielen nur in jeweils einer der Zwillingsstädte eine Rolle. Nahezu alle deutsch-polnischen Ehepaare an Oder und Neiße lassen sich in deutschen Städten nieder.

Die wachsende Zahl deutsch-polnischer Eheschließungen eröffnet hier die Chance, dass sich wieder Minderheiten bilden, die eine Brücke zum Nachbarland darstellen.

Die Gründe sind in den unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen zu suchen. Die Ungleichheit der Lebensverhältnisse erscheint als hilfreich, wenn sie die Wanderung zwischen den Städten begünstigt, die Minderheiten verstärkt und somit grenzüberschreitende Kommunikationsnetze schafft.

#### Literaturhinweis:

Helga Schultz unter Mitarbeit von Katarzyna Stokosa, Dagmara Jajeśniak-Quast, Twin Towns on the Border als laboratories of European Integration, Arbeitsbericht, Discussion Papers des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien, No. 4/02, Frankfurt (Oder), 2002

Schultz, Helga (Hrsg.): Stadt-Grenze-Fluss. Europäische Doppelstädte, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005

**Klaus-Dieter Hübner, Bürgermeister der Stadt Guben**  
**„Erfahrungen aus Guben - Gubin“**



Guben und Gubin haben zusammen 40.000 Einwohner und sind damit im regionalen Bereich nach Cottbus und Frankfurt (Oder) die drittgrößte Stadt, was ihre Bedeutung im Rahmen der aktuellen landesplanerischen Diskussion über das Zentrale-Orte-Konzept unterstreicht. Guben hatte Ende 2004 21.558 Einwohner und lag damit über den prognostizierten Werten, die nur 21.040 bzw. 21.390 Einwohner vorausgesagt hatten.

Abwanderung ist zwar für Guben kein Thema mehr, die Folgen der vorausgegangen Abwanderung sind jedoch deutlich zu spüren. Bei Ausschreibungen im kommunalen Bereich hat die Stadt bereits heute Probleme, aufgrund des geschwundenen Fachkräftepotenzials in Guben einheimische Fachkräfte zu finden. Bei einer aktuellen Stellenausschreibung des Klärwerks Guben-Gubin kamen von 101 Bewerbungen nur zwei aus Guben. Neben den städtebaulichen und wirtschaftlichen Zielstellungen ist deshalb der Punkt Bildung ein wichtiger Entwicklungsschwerpunkt.

Seit 2003 konzentrieren sich die städtischen Aktivitäten verstärkt auf die Entwick-

lung der Innenstadt. Das ehemalige Stadtzentrum lag in Gubin, Guben war die Arbeitervorstadt, ein Industriebereich ohne Zentrum. Die gesamte kommunale Verwaltung wird bis 2006 in die Altstadt verlagert. Am Standort der ehemaligen Hutfabrik entsteht ein neues kommunales Zentrum, ein Rathaus für Guben und Gubin mit Bibliothek, Musikschule, Multifunktionsraum und einem Museum. Ab Mitte 2006 wird es keine dezentralen Verwaltungsstandorte mehr geben. Ein Effekt ist unter anderem, dass damit innerstädtische Flächen auch wieder für Investoren interessant werden. Die Kombination aus kommunalen und privaten Investitionen greift. Im Altstadtbereich Ost gibt es einen positiven Wanderungssaldo, sanierte Wohnungen können dort sofort vermietet werden. Ein stringentes, monatliches Monitoring belegt einen stetigen Zuzug in die Altstadt.

Rückbau und Neugestaltung des WK IV werden 2006 abgeschlossen sein. Eine stärkere soziale Durchmischung wurde durch Diversifizierung der Wohnungsangebote erreicht, neue sozial stabile Schichten angezogen. Es wurden Freiräume neu gestaltet, Schulen und Kindergärten saniert. Insgesamt sind bereits 1.800 WE abgerissen, womit 74% der insgesamt geplanten Abrisse bereits realisiert sind.

Ein Schwerpunkt des Projektes "Stadt 2030" war die Förderung der Identifikation der Bürger mit der Doppelstadt, die vielen Bürgern beiderseits der Neiße historisch begründet fehlt. Die in den 1960er Jahren in Guben als einem der größten Chemiestandorte der DDR angesiedelten Arbeitskräfte aus dem gesamten Land weisen vielfach nur eine geringere Bindung an die Stadt auf. Dasselbe gilt für die ursprünglich aus anderen polnischen Gebieten stammenden Umsiedler nach Gubin. Eine

gemeinsame Identität entwickelt sich aber langsam, die Bürger entwickeln zunehmend Heimatgefühle für die Doppelstadt. Allerdings ist noch ein weiter Weg zu gehen, betrachtet man Umfrageergebnisse, wonach nur 10% der Gubener sich vorstellen können, in Gubin zu leben. Umgekehrt ist dies für 41% der Gubiner vorstellbar. An diesem Punkt muss weiter gearbeitet werden.

Guben und Gubin werden sich zukünftig stadträumlich neu orientieren. Als Stadt im Neißetal richten sie ihre gemeinsame Entwicklung aufeinander aus. Auch aus stadtkonomischer Sicht ist eine Entwicklung/ Schwerpunktsetzung im Neißetal am sinnvollsten. Gubin hat nur eine Chance, sich zu entwickeln, wenn es die Gubener Potenziale mitnutzt. Dazu muss jeder stehen und darüber muss man offen diskutieren können. Dabei geht es nicht um eine Vereinnahmung von Gubin durch Guben, sondern um eine klare Richtungsentscheidung. Die Potenziale, im infrastrukturellen, verwaltungstechnischen oder wirtschaftlichen Bereich liegen ganz eindeutig in Guben.

Ein Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Doppelstadt Guben – Gubin war die gemeinsame Bewerbung für die Landesgartenschau 2009. Die räumlichen Schwerpunkte lagen im Innenstadtbereich von Guben und in Gubin. Guben war vor dem Zweiten Weltkrieg der Obstversorger für Berlin. Was heute Werder ist, war früher Guben. Die Landesgartenschau sollte die drei Themenbereiche Wirtschaft, Stadt und Kultur behandeln. Leider ging der Zuschlag nicht an Guben, aber auch aus dieser gescheiterten Bewerbung heraus konnte ein neues Ziel entstehen. Das neue Projekt ist die Durchführung einer regionalen Europäischen Gartenschau zusammen mit Neuzelle, Forst und Bad Muskau im Jahr 2012. Gespräche mit den zuständigen Verbänden und der Politik werden derzeit geführt. Das Land Sachsen ist begeistert

und auch im Oder-Spree-Kreis wächst die Zustimmung. Auch die polnischen Partner sind begeistert, denn das Instrument "Gartenschau" ist in Polen unbekannt und damit haben wir einen Exportartikel "Landschaft/Landschaftsgestaltung", der in den polnischen Bereich hineingetragen werden kann.

Es bestehen bereits wichtige Kooperationen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit.

- Das Projekt „Lernen und Arbeiten über Grenzen“ in dem seit 2003 deutsche und polnische Jugendliche erfolgreich zusammen ausgebildet werden.
- Das Boxprojekt Guben-Gubin der Stiftung „Gleiche Chancen“ mit derzeit 39, überwiegend weiblichen, deutschen und polnischen Jugendlichen, unterstützt vom ehemaligen Boxweltmeister Darius Michalczewski sowie ehrenamtlichen deutschen und polnischen Trainern.
- Geplant ist die Einrichtung eines gemeinsamen Stadt- und Industriemuseums Guben-Gubin im neuen Kommunalen Zentrum, in dem die gesamte Stadtgeschichte dargestellt werden soll.

Das Zusammenlegen geeigneter kommunaler Aufgaben und öffentlicher Einrichtungen ist ein wesentlicher Beitrag, um die beiden kommunalen Haushalte für die Zukunft zu sichern.

- Derzeit laufen Verhandlungen darüber, im Bereich der Stadtwerke eine gemeinsame Betriebsführung oder eine Holding zu installieren. Rechtliche Probleme sind noch auszuräumen. Perspektivisch soll der Bereich technische Infrastruktur ganzheitlich durch die Gubener Stadtwerke realisiert werden.
- Es soll ein gemeinsames Brand-, Rettungs- und Katastrophenzentrum ge-

ben, dessen erster Bauabschnitt fertig gestellt ist. Es gibt regelmäßig gemeinsame Übungen und gemeinsame Ausbildungsabschnitte.

- Das Vorzeigeprojekt Klärwerk Guben-Gubin leidet unter massiven wirtschaftlichen Problemen, das Unternehmen stand kurz vor der Insolvenz. Die Lehre daraus ist, dass bei der Durchführung solcher Projekte im Vorhinein bilanzielle, finanzwirtschaftliche und liquiditätsmäßige Aspekte aufeinander abgestimmt werden müssen. Es kann nicht sein, dass das Unternehmen nach polnischem Bilanzrecht geführt wird und die Gewinne fast ausschließlich über das Finanzergebnis erreicht werden. Das bedeutet, dass das Jahresergebnis vom Verhältnis des Złoty zum Euro abhängt. 2003 gab es einen Überschuss von 4 Mio. Złoty, von denen 3,9 Mio. Złoty aus dem Finanzergebnis, also aus der Verrechnung stammten. 2003 war es umgekehrt, sodass das Eigenkapital auf 200.000 Złoty, also fast nichts, gesunken war. Das kann nicht so bleiben. Aufgrund des rückläufigen Bedarfs wurde ein Becken stillgelegt. Hier züchtet jetzt ein Frankfurter Unternehmer Forellen.
- Die Kooperation im Bereich Bildung/Kommunikation wird seit Jahren an der Europaschule „Marie & Pierre Curie“ betrieben. Sie hat 100 Schüler, es gibt über 300 Bewerbungen. Der Betrieb der Schule als Gymnasium ist nur mit den polnischen Schülern gesichert.
- Die Kooperation im Bereich strategische Wirtschaftspolitik soll vorangetrieben werden. Ein gemeinsames Flächenmanagement und die Zusammenführung der Standortqualitäten sind geplant. Das Gubener Industriegebiet wurde infrastrukturell komplett erneuert und ist jetzt eines der modernsten. Eine gemeinsame Vermark-

tung mit Gubin und eine gemeinsame Wirtschaftsförderung sollen erfolgen. Die Arbeitnehmerpotenziale beider Teilregionen sollten als Standortfaktor genutzt werden. Die derzeit bestehenden Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit sollten kurzfristig gelockert werden.

Dr. Frank Jost, Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V.  
**Europagarten 2003 – ein Erfahrungsbericht**



Erstens: Wie kam es zu der Idee? Zweitens: Was wurde durchgeführt? Und Drittens: Was blieb eigentlich von der Idee übrig, was wollte man erreichen und was hat man erreicht?

Zu Punkt Eins: 1997 gab es eine Bewerbung der Stadt Frankfurt (Oder) um die Landesgartenschau 2002, auch schon mit grenzüberschreitenden Aspekten und Inhalten. Die ging dann bekanntlich nach Eberswalde, aber unseren ehemaligen Oberbürgermeister Pohl hat die Idee nicht losgelassen. Er sagte: Dann eben im Jubiläumsjahr 2003, wo man sowieso Stadtgeburtstag feiern wollte, idealerweise in Verbindung mit den Internationalen Hansetagen. Man wollte natürlich auch die nachhaltigen städtebaulichen Effekte, die so eine Gartenschau mit sich bringt, nutzen – das war das eigentliche Anliegen. Man wollte weniger Blümchen zeigen, sondern Umgestaltung und Aufwertung der öffentlichen Räume.

Nun musste man die Parteien überzeugen, man musste die Bürger überzeugen und man musste vor allem auch die Slubicer Kollegen von diesem Vorhaben überzeugen, insbesondere weil die polni-

sche Schwesterstadt das stadtentwicklungsstrategische Instrument „Gartenschau“ gar nicht kannte – und wahrscheinlich bis heute nicht kennt.

Im Jahr 2001 hatten wir drei Probleme: erstens die offizielle Ablehnung, zweitens passte das Frankfurter Jubiläumsjahr 2003 nicht in den Rhythmus der etablierten Gartenschauen. Und drittens waren die Förderbescheide noch nicht da und die Zeit, so etwas durchzuführen, wurde knapp. Außerdem hatten wir beim Land keinerlei Rückenstärkung für eine Gartenschau als Event, als Leistungsschau des gärtnerischen Handwerkes.

Die Überzeugung, dass man das in der Stadtgestaltung und in der Erneuerung des Öffentlichen Raumes Erreichte im Jubiläumsjahr möglichst vielen Leuten zeigen wollte, blieb jedoch. Deshalb sind die investiven Projekte – Umgestaltung der Oderpromenade, Gestaltung des Ziegenwerders etc. – in eine Gesamtstrategie 2003 eingebettet worden, um sie mit Unterstützung der Landesregierung voranzutreiben.

Parallel mit der Beauftragung der Messe- und Veranstaltungs GmbH kam eine Neukonzeption zustande, die den Europagarten – auch bei abgespecktem Budget – ohne das Beiwort „Schau“ als eine Kette von kulturellen Events im Open-Air-Bereich unter dem Titel „NaturOderKultur“ vorsah. Gleichzeitig gingen die Arbeiten an der Oderpromenade, der Schiffsanlegestelle, dem Gertraudenpark und am Ziegenwerder weiter.

Betrachten wir die Kulisse des Europagartens: Vor dem Hintergrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spiegeln die paar Bäumchen, die da in Slubice hineingemalt sind, die Umsetzung des Pro-



jekt es jenseits der Grenze wider. Man wollte das Projekt zwar beiderseits der Oder gemeinsam entwickeln, tatsächlich ist es aber nur ein Frankfurter Projekt geworden. Und die Słubicer haben sich auch nie daran gestört.

Der Europagarten wurde von drei Säulen getragen. Zum einen durch die investiven Projekte auf Słubicer Seite, zum anderen durch die investiven Projekte auf Frankfurter Seite. Und da war die Messe- und Veranstaltungs GmbH. Auf dem Ziegenwerder begegnete diese dem Hauptakteur auf Seiten der Stadt, dem Grünflächenamt. Die Słubicer Kollegen bastelten in dieser Zeit, salopp gesagt, ein bisschen vor sich hin. Sie waren nicht mehr integriert, sondern nur noch informiert durch den Beirat Europagarten, wo sie sporadisch auftauchten und die gemeinsame Stadtverordnetenversammlung. Sie hatten einen Sitz im Aufsichtsrat der Messe- und Veranstaltungs GmbH, der nicht dauerhaft wahrgenommen wurde und ohne Stimmrecht war. Was kam in Słubice heraus? Letztendlich sind die investiven Maßnahmen vom Platz der Freundschaft bis hin zum Naturpark am Stadion im Laufe des Jahres 2003 verspätet fertig geworden, sodass man diese auch gar nicht offensiv mit bewerben konnte.

Von sechs Sommergärten, die in der Stadt verteilt worden sind, waren zwei in Słubice, deren Inhalte hier im Rathaus eher mit Kopfschütteln aufgenommen wurden.

Allerdings lief die Gesamtvermarktung des Europagartens durch die Messe- und Veranstaltungs GmbH grenzüberschreitend. Der Europagarten war somit nach außen hin deutsch-polnisch, die Flyer waren zweisprachig, es wurde immer angeregt, auch nach drüben zu gehen. Durch die Insel Ziegenwerder fast in der Mitte der Oder war der Bezug nach Polen perma-

nent da. Somit war Słubice als Marketing-Objekt eine phantastische Geschichte.

Es kamen schließlich etwa 230.000 Besucher, davon nur sieben Prozent aus Polen – für den Anspruch an ein deutsch-polnisches Projekt vernichtend wenig.

Wir sind bei Punkt Drei: Was bleibt? Natürlich sind alle investiven Projekte in Frankfurt noch da. Davon werden die Frankfurter und ihre Besucher weiter profitieren. Die Frage ist aber: Hat man mit den Veranstaltungen die angestrebten Ziele erreicht? Man hatte ja zweierlei im Sinn: Man wollte Frankfurt und Słubice nach außen hin bewerben und das negativ-gleichgültige Image, das die Grenzregion in Berlin oder anderswo hat, verbessern. Und zweitens wollte man die Dauerbaustelle „Identität der Bewohner mit ihrer Stadt“ auffrischen. Was den letzten Punkt angeht, kann ich keine Aussage treffen, weil ich seit 2003 nicht mehr hier bin. Zur Sicht von außen kann ich jedoch sagen, dass das Projekt bei denen, die hier waren, sehr gut angekommen ist – sowohl bei der Landesregierung in Potsdam als auch bei den Ministerien in Berlin. Vor diesem Hintergrund bedauere ich etwas, dass wir nicht noch mehr Leute hierher gezogen haben.

Dann gibt es noch die Frage: Was ist mit der Zusammenarbeit von Frankfurt und Słubice? Die Verwaltungen haben mit dem Europagarten und der Strategie 2003 gewissermaßen für die EU-Erweiterung geübt. Diese hat inzwischen stattgefunden. Ich weiß jedoch nicht, ob eine Zusammenarbeit stattfindet. Es ist schade, dass der Słubicer Bürgermeister heute hier nicht anwesend ist. Was das gemeinsame Feiern angeht, so hat es zunächst schon mal geklappt. Aber für die Zukunft war das, was wir gemacht haben eher eine Kindergeburtstags-Nummer. Da muss noch mehr kommen.

Dr. Krzysztof Wojciechowski, Collegium Polonicum

### Was ist noch zu retten? Regionalmanagement der Zukunft



Ich identifiziere mich so stark mit dieser Doppelstadt, mit diesem Flecken auf der Erdoberfläche, dass ich ständig denke: Wie könnte man daraus etwas Besonderes machen – und wenn schon nichts Besonderes, dann wenigstens etwas, das sich stabil entwickelt, das klare Zukunftsperspektiven hat und das wächst und nicht schrumpft?

Bei meiner täglichen Arbeit im Collegium Polonicum habe ich in diesen vielen Jahren Eines gelernt: Die einzige Quelle von Werten im weitesten Sinne des Wortes – von materiellen, ideellen, moralischen, und auch finanziellen Werten ist die menschliche Energie.

Sehr oft kommen Leute zu mir und sagen: Ich habe eine ganz tolle Idee – für ein Universitätsprojekt, für grenzüberschreitende Zusammenarbeit usw. usf. Und ich sage: Wissen Sie, die Idee ist toll. Sind Sie denn aber auch bereit, das Zugpferd für dieses Projekt zu sein? Ich selbst kann nämlich das Zugpferd nicht sein, denn ich habe schon ein paar Wagen zu ziehen. Und dann springen 95 % der Leute wieder ab. Es ist so, dass nur 3 % bis 4 % der Bevölkerung mit Innenantrieb arbeitet. Das

muss nicht unbedingt von Nachteil sein. Eine Gesellschaft, bestehend aus lauter Aktivisten, wäre die Hölle auf Erden.

Es gibt im Übrigen auch Kulturen, die diese Energien fördern. Aber die Nationen unterscheiden sich eben. Es ist mir ein großes Rätsel, weshalb eine Nation wie die deutsche, die aus sehr unter Spannung stehenden Individuen besteht, auf der staatlichen und lokalen Ebene solche Schwierigkeiten mit dem Management der sozialen Probleme hat, während ein Volk, das auf der individuellen Ebene eindeutig bescheidenere Energieressourcen hat, expandiert und sich entwickelt.

Also – die Energie ist die Quelle aller Reichtümer und aller Werte, und sie pulsiert. Es gibt Höhen und es gibt Tiefen. Ein Nomadenvolk aus der Wüste – die Mongolen – bekam einen Energieschub, der es befähigte, fast ganz Eurasien in ein Imperium zu verwandeln und dort gewaltige Bauwerke zu errichten, um dann eine Generation später beinahe wieder vollkommen von der Erdoberfläche zu verschwinden. Frei nach Hegel: „Was machen die Griechen? – Sie hüten Ziegen auf den Ruinen der Akropolis.“ So lebt dieses Volk heute im Schatten seiner Historie.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass unsere Probleme auch von diesem Pulsieren der Energie herrühren. Städte entwickeln sich, kollabieren, erleben wieder Entwicklungsschübe. – Darauf haben wir keinen Einfluss oder können diese Prozesse nur geringfügig steuern. Aber wir wissen, dann man in gewissem Grade Einfluss auf das Pulsieren ausüben kann, man kann es beschleunigen oder verlangsamen. Und wir haben instinktiv angeborene Reflexe, wie man mit ausbleibender Energie umgeht. Wenn wir ein Feuer entzünden, und die Flamme droht zu erlöschen, dann schützen wir sie und schaffen ihr einen

Freiraum, damit das Feuer eine eigene Dynamik findet und wieder aufflammt.

In Westeuropa kennen wir seit 200 Jahren nur ein Problem: Wie bewirtschaftet und verwaltet man zunehmende Energieströme – die Entwicklung der Wirtschaft, den zivilisatorischen Fortschritt? Und sowohl die konservative als auch die linke Politik stützen sich auf die Prämisse, dass diese Energie nicht versiegt. Die Diskussion betrifft nur die Verwaltung des Energiestromes und die Frage: Sollen wir den größten Teil wieder in die Wirtschaft investieren oder sollen wir aus Solidarität etwas mehr abzweigen für die Bedürftigen? Der Fall der Planwirtschaft hat uns hoffentlich eine Sache endgültig gesagt: Dort, wo zu viel abgezweigt wird, und wo die Menschen nur noch Konsumenten sind, ohne selbst Energie einzuspeisen, kollabieren die gesellschaftlichen Strukturen wegen akuten Energiemangels. Das, was sich heute auf Kuba oder in Nordkorea abspielt, ist ein eindeutiger Regress der Zivilisation auf Zustände von vor zwei-, dreihundert Jahren.

Der Staat schafft Gesetze, um Energien in eine gewünschte Richtung zu leiten. Wir haben diese Tradition des Denkens in vielschichtigen Spielregelkategorien sowohl auf kontinentaler Ebene als auch auf nationaler, regionaler und schließlich auf lokaler Ebene. Dabei stützen wir uns auf eine Reihe stillschweigender Paradigmen, die meiner Meinung nach veraltet und im Falle der grenzüberschreitenden Stadt Frankfurt (Oder) katastrophal und schädlich sind.

Welche Paradigmen sind das? – Erstens: Das nationale Gesetz gilt auf dem ganzen Territorium des Staates. Es darf weder zwei Zentimeter vor der Grenze enden, noch darf es diese um zwei Zentimeter überschreiten. Zweitens: Das Gesetz gilt für eine Ewigkeit. Drittens: Das Gesetz darf nicht auf einer niedrigeren Ebene aufgehoben werden. Selbst gewisse Aus-

nahmen unter den Stichworten „Autonomie“ oder „Regionalität“ tasten diese Prinzipien nicht an. Natürlich gibt es Zentren, die sehr gut mit dieser Struktur auskommen, weil sie immer noch pulsierende Energiezentren sind. Aber gleichzeitig gibt es Zentren, für die diese Strukturen eine Last sind, die sich aus lokalen Ressourcen nicht mehr selbst tragen können.

Welche Probleme haben wir hier in Frankfurt? Mit der vorhandenen Zahl der Arbeitsplätze – der Energieherde – kann die Stadt ihre Absichten, Ziele, Wünsche, Zukunftsaussichten nicht realisieren. Die Stadt kann sich nicht entwickeln. Menschen fließen ab, weil Arbeitsplätze verloren gehen. Die Kassen bleiben leer wegen mangelnder Steuereinnahmen und das wiederum ist mit mangelndem Unternehmertum verbunden – ein Prozess, der eine Spirale nach unten auslöst.

Wir finden in der Bundesrepublik ein gestörtes Verhältnis zu vorhandenen Energieressourcen und zur Verwaltung dieser Energie. Die Bundesrepublik ist ein Land, welches nach dem Zweiten Weltkrieg in den 50er, 60er und 70er Jahren enorme Energieüberschüsse entwickelt hat. Damals wurde ein sehr kompliziertes System der sozialen Sicherheit, der Gesetze, des Föderalismus aufgebaut. Das war Absicht der Alliierten: Ein System zu schaffen, das den Deutschen so viel Arbeit macht, dass sie diese Energie nicht bündeln und ins Ausland leiten können, sondern dass die Energien sich gegenseitig aufheben und ein nach außen hin geschwächtes Land hinterlassen sollten. Es hat nur weiterfunktioniert dank seiner enormen Energieresourcen.

Immer, wenn ich mit einem Deutschen spreche, glaube ich, es mit einem Kraftwerk zu tun zu haben. Ich denke: Dieser Mensch könnte, wenn er eine Steckdose hätte, ganz nebenbei 100 Wohnungen beleuchten.

Auf der gesamten Bundesebene gibt es das Problem der Dynamik. Die Bevölkerung der neuen Bundesländer schafft es eindeutig nicht, das ganze System zu tragen – entweder wandern die Einwohner unter dem Druck ab oder brechen zusammen und werden zu Sozialfällen. Wir haben in einigen Städten diese Probleme.

Aber ich sage Ihnen, suchen Sie körperliche und emotionale Impulse. Die hat man nicht, wenn man auf festgetrampelten Pfaden geht. Ich hatte vor kurzem einen solchen Impuls. Ich war nach Kamenz eingeladen: in eine schöne, gepflegte, kleine Stadt. Es war Samstagmittag auf dem Marktplatz und irgendetwas machte mich stutzig. Es gab hier nur vier Personen: einen Gemüseverkäufer, ein älteres Ehepaar, das das Gemüse kaufte, und einen älteren Herrn, der mit seinem Hund spazieren ging. Tummeln sich nicht normalerweise am Samstagmittag Menschen auf einem Marktplatz? Sonst war alles super: ein sauberer Platz, schöne Fassaden, restaurierte Häuser – aber in keinem Fenster Gardinen! Die Häuser standen leer. Plötzlich überkam mich ein Angstgefühl, so als wäre ich auf einer menschenleeren Insel ausgesetzt worden. Dies war eine Kulisse, in der ich nicht leben wollte, in der ich mich nicht sicher fühlte, obwohl nach außen hin alles stimmte – ruhig, gepflegt, hochwertig. Das Gefühl der Hochwertigkeit hat man, sobald man die deutsche Grenze überschreitet. Es strömt der Impuls auf einen ein, alles sei gut, geregelt, sicher – ABER: Die menschliche Energie ist nicht vorhanden.

Wie sind wir bisher mit ausbleibender menschlicher Energie umgegangen? Wir haben sie immer mit fossiler menschlicher Energie ergänzt, das heißt mit Geld. Nun bleibt diese fossile Energie aus. Die Gesellschaften altern, darunter die deutsche in dramatischem Maße. Auch das ist ein Problem: Aus biologischen Gründen ist das Energieangebot geringer.

Wenn die Energie geringer wird, muss man sie schützen. Es muss Schluss sein mit einengenden Paradigmen, Gesetzen, die auf dem ganzen Territorium des Staates für eine Ewigkeit errichtet wurden und nicht lokal aufgehoben werden dürfen. Ich träume davon, dass die Universität einen solchen Impuls an die Politik gibt: Diese Räume müssen zu Experimentalräumen werden, in dem die vorhandenen Energieressourcen so geschützt sind, dass sie absolut frei fließen können.

Könnte nicht Oberbürgermeister Patzelt als eine Art Diktator auftreten, der entscheiden darf, dass die Polen die leeren Wohnungen bevölkern dürfen, ohne sich mit irgendwelchen Ämtern herumzuschlagen? Bis heute ist es so, dass jeder Mieter einen Einkommensnachweis bringen muss – in einer Zeit, wo jeder, der eine Wohnung mieten möchte, mit Blumen empfangen werden sollte! Warum können wir keine lokal zugeschnittenen Gesetze für die Erhaltung der vorhandenen Humanressourcen erlassen?

Schauen Sie sich um, zeigen Sie mir in diesem Saal einen Menschen, der ihrer Meinung nach ein potenzieller Mafioso ist, oder der Millionen unterschlagen könnte? Nein, die Internalisierung der Gesellschaft in diesem Teil Europas ist derart tief, dass wir alles andere befürchten müssen, als Missbrauch von freien Räumen. Das beweist das ehrenamtliche Engagement der Bürger und der Deutschen überhaupt, die ein enormes Verantwortungsgefühl sowohl für ihre unmittelbare Umgebung, aber auch für die ganze Welt entwickeln. Jeder Deutsche spendet im Durchschnitt sechs Mal so viel wie ein Franzose. Das sind schon beinahe 82 Millionen kleine Heilige, die immer nur spenden und spenden. Also, geben wir diesen kleinen Heiligen Spielräume, aber radikal, schützen wir ihre Energie – dann werden wir bestimmt einen Schub an Entwicklung erleben. Und wenn nicht an Entwicklung, dann zumindest an interessanten Erlebnissen.

Prof. Dr. Ulf Matthiesen, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner  
**Wissensbasierte Stadtentwicklung am Beispiel Frankfurt (Oder)**



Es gibt einschlägige Argumente aus der aktuellen Raumforschung, die die neue Relevanz von Wissen für die Stadtentwicklung, insbesondere was die räumlichen Bezüge der neuen wissensbasierten Ökonomieformen angeht, unterstützen.

- Das Agglomerationsargument, wonach die Gravitationskräfte wissensbasierter Industrien so stark sind, dass sie quasi von selbst zu weiteren Klumpungen führen.
- Das Zentralitätsargument, wonach neue Zentren dieser Wissensökonomien hauptsächlich große Städte sind.
- Das Urbanitätsargument, demzufolge eine neue kreative Klasse der "Wissensarbeiter" an die Städte gestiegene Urbanitätsbedarfe anmeldet. Städte tun demzufolge gut daran, diese neuen Urbanitäts-Bedürfnisse sehr ernst zu nehmen, um diese neuen innovativen Milieus anzuziehen und zu halten.
- Das Konkrete-Orte-Argument, wonach Kreativität in die spezifischen Qualitäten von Orten eingebunden ist, die stadtpolitisch dann forciert werden müssen.

Mit dem Wissensmilieu-Ansatz hat das IRS versucht, diese verschiedenen Ansätze zu integrieren und zugleich an konkreten Beispielen ostdeutscher Stadtentwicklung kritisch zu überprüfen.

Vor drei Jahren führte das IRS eine wissensbasierte Stadtdiagnose für Frankfurt (Oder) durch. Die Kartierung der wissensbasierten Institutionen Universität, Forschungs- und Entwicklungsinstitute, Start-Ups zeigt eine fragmentierte Stadtstruktur. Wissensbasierte Institutionen wurden noch unter Wachstumshoffnungen entlang von Entwicklungsachsen über eine zu große stadträumliche Fläche verteilt. Dadurch gab es noch einmal verschärften Substanz- und Urbanitätsdefizite in der Kernstadt. Die Viadrina erschien damals als zentrumsnahe, aber schwach vernetzte Parallelwelt.

Daneben hat das IRS aber schon damals auf eine ganze Reihe erfolgreicher, sehr umtriebiger Start-Ups, Unternehmensgründungen und weiterer bürgergesellschaftlicher Aktivitäten im Bereich von Wissensvernetzung hingewiesen.

Erfreulich ist die mittlerweile eingetretene perspektivische Ernüchterung, die sich etwa im Frankfurter "Strategiekonzept für die Stabilisierung der Wirtschaft" von September 2004 andeutet. Das gilt insbesondere für die Neubewertung der vorhandenen Potenziale von Wissensinstitutionen für die Stadtentwicklung. Wissensinstitutionen werden nun als "Motoren" der Entwicklung gesehen, nicht mehr bloß als Standortfaktoren.

Das IRS hat seine Frankfurter Analyse inzwischen vorangetrieben und ist den Vernetzungen ausgewählter Wissensakteure innerhalb des Stadtraums, regional, national und auch international nachgegangen. Besonders faszinierend war zu sehen, wie einfallsreich einige kleine und

mittlere High-Tech-Unternehmen im Frankfurter Raum mit der ständig drohenden Gefahr des Abflusses von Human-Ressourcen umgehen, welche Strategien sie entwickeln, um begabten Nachwuchs in Frankfurt zu halten und frühzeitig an Unternehmen zu binden. Besonders interessant ist das Praktikantenmodell der Firma Gärtner (GED), das in Kooperation mit dem Gauß-Gymnasium entwickelt wurde.

Daneben zeigen die Untersuchungen des IRS, dass in wissensbasierten Ökonomieformen die gewünschte lokale Sässigkeit von Schlüsselakteuren, die auch für den Finanzsäckel der Gemeinde zentral ist, sich nur erreichen lässt, wenn zugleich regionale bis globale Vernetzungen erfolgreich betrieben werden. Es müssen also neue Formen der flexiblen Ortsbindung entwickelt werden, denn Wissen hat zwei Beine und damit ist es extrem ortsveränderlich.

Damit verändert sich auch das Verhältnis endogener und exogener Potenziale in der wissensbasierten Stadtentwicklung. Das IRS geht davon aus, dass es allein mit endogenen Potenzialen, also mit "lokalen Bordmitteln" der Städte nicht gehen wird. Insbesondere für eine größere, auch wissensbasierte Funktionsdichte in der Kernstadt scheint es zwingend erforderlich, neue Funktionen, neue Kompetenznetze und neue Akteure für die Innenstadt rund um die Viadrina zu gewinnen und sie zu einer Ansiedlung zu ermuntern. Für eine solche wissensbasierte Potenzialanreicherung der Kernstadt sollten viele Mittel recht sein und vieles wird natürlich auch schon ausgetestet. Auf einem guten Weg ist zum Beispiel die stadtweite Attraktivitätssteigerung, wobei man allerdings stärker neue externe Akteursgruppen und "Raumpioniere" einbeziehen sollte. Um die Innenstadt attraktiv zu machen, muss man Labor- und Experimenträume anbieten, damit neue Akteursgruppen es interessant finden, in innerstädtische Lagen einzusi-

ckern. Man kann auch in Richtung Zwischennutzung denken. Klaus Overmeyer hat dafür den Begriff "Stadtentwicklung ohne Städtebau" entwickelt.

Placemaking-Strategien, also die Profilierung besonderer Orte in der Kernstadt, gehören ebenfalls dazu. Die Gefahr zu großer Homogenität in der Innenstadt ist noch nicht gebannt. Unterschiedliche Formen der Deregulierung müssen ausgetestet werden. Die dezentral angesiedelten High-Tech-Firmen sollten sich auf ihre Innenstadt neu orientieren. Die Entdeckung der Innenstadt als ihre Innenstadt durch diese Firmen ist bisher durch die randständige Lage der High-Tech-Firmen IHP, GED, Alpha, Lesswire usw. relativ schwach. Man kann sich überlegen, wie sie in der Innenstadt stärker Flagge zeigen können, etwa indem sie ein gemeinsames Stadtbüro als Fenster einrichten.

Was die Wissenskulturen in Frankfurt (Oder) angeht, muss es insgesamt zu einer besseren Verknüpfung von informellen Netzbildungen mit den formellen Institutionen (Universität etc.) kommen, um eine Attraktionssteigerung in der Innenstadt zu erreichen. Die harten und die weichen Netze müssen besser verkoppelt werden.

Sehr wichtig scheint eine frühzeitigere und stärkere Einbeziehung der Bürgergesellschaft in die Entwicklung von Leitbildern der Stadt. "Transnationale Universitäts-Doppelstadt" ist schon sprachlich nicht sehr ansprechend. Gleichzeitig ist der Begriff ganz klar elitenlastig und schließt mit dieser Leitbildfokussierung 90% der Bevölkerung aus, da hier nur eine eher akademisierte Form des Wissens fokussiert wird. Es gibt aber eine ganze Bandbreite von Wissensformen, die als Kapazitätsressourcen der Stadtentwicklung in den Blick genommen werden müssen.

Nicht zuletzt muss die Metropolregion Berlin-Brandenburg als Ganzes ebenfalls

stärker berücksichtigt werden. "Frankfurter Lokalbewusstsein in der Metropolregion Berlin-Brandenburg profilieren" könnte das Motto sein.

Zwei Forschungsabteilungen des IRS sind übereingekommen, der Stadt Frankfurt (Oder) und ihren Akteuren, die dabei sind, neue Entwicklungskonzepte zu erstellen, eine Kooperation anzubieten. Thema könnte sein: "die Entwicklung wissensbasierter Regenerierungsstrategien als Lernprozess". Dabei schlägt das IRS vor, insbesondere auch die Hindernisse und Blockaden der Entwicklung, aber auch Überraschungen und Öffnungen dieses Themas deutlich zu machen.

Egbert Thiele, Amt für Stadtentwicklung Cottbus  
**Cottbusser Erfahrungen**



1992 wurde die Entwicklung der Hochschullandschaft bereits als Ziel der Stadtentwicklung im Stadtentwicklungskonzept verankert. Mittlerweile gibt es zwei große Hochschuleinrichtungen: die Brandenburgische Technische Hochschule (BTU) und die Fachhochschule Lausitz.

Die BTU hat ihre Schwerpunkte in den Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik, Bau- und Wirtschaftsingenieurwesen, Architektur, Stadtplanung, Umweltwissenschaften Verfahrenstechnik. Alles Bereiche, die sich mit Themen von unmittelbarer wirtschaftlicher Bedeutung beschäftigen. Die BTU hat 4.500 Studenten, mit leicht steigender Tendenz, darunter 1.200 ausländische Studenten. Die ursprünglich anvisierten 6.500 Regelstudienplätze werden allerdings voraussichtlich nicht erreicht werden.

Die Fachhochschule Lausitz hat ihren Hauptstandort in Senftenberg. Ihr Angebot umfasst u.a. die Bereiche Bau- und Wirtschaftsingenieurwesen, Architektur, Verfahrenstechnik, aber auch Musikpädagogik und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Die technisch orientierten Studiengänge sind in Cottbus angesiedelt.

Die Fachhochschule hat 2.900 Studenten, davon in Cottbus rd. 1.000 Studenten. Dazu kommen über 500 bzw. 300 Mitarbeiter an Universität bzw. Fachhochschule.

Zur Standortfindung gab es in der Aufbauphase umfangreiche Analysen und Entscheidungsrunden, bei denen auch die Frage einer "Campusuniversität" diskutiert wurde. Tatsächlich sind zwei Standorte entstanden, die jeweils in ihr städtebauliches Umfeld integriert sind, zu dem die universitären Nutzer mittlerweile eine intensive Vernetzung entwickelt haben. Die Frage einer klassischen Campusuniversität aus beiden Einrichtungen stellt sich daher für Cottbus nicht mehr.

Die BTU befindet sich im Norden der Stadt, direkt angrenzend an das Stadtzentrum, am Standort des ehemaligen Bildungszentrums der Stadt Cottbus. Die bauliche Aufwertung in diesem Bereich erfolgte mit Unterstützung eines entsprechenden Bauprogramms des Landes. Die Aus- und Umbaumaßnahmen werden in Kürze abgeschlossen. Die entstandene zentrale West-Ost-Achse am Campusplatz wird auch für viele Veranstaltungen in der Stadt genutzt und ist ein Konzentrationspunkt des öffentlichen Lebens geworden. Die jüngsten Bauten tragen dazu bei, das Image der Stadt auch in punkto Architekturqualität zu verbessern.

Angrenzend an den Campusbereich wurde ein neues Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum realisiert, für das die Universität gegenwärtig einem griffigen Namen sucht. Für den vom Architekturbüro Herzog & de Meuron entworfenen Bau hat die Stadt eine Sportplatzfläche geopfert, um die Vernetzung von Universität und Stadt auch städtebaulich-optisch zu vollziehen. Nun müssen die städtischen Nutzer auch die inhaltliche



Vernetzung, die Nutzung dieses neuen Informationsangebotes weg von der alten Bibliothek hin zur Wissensgesellschaft, vornehmen.

Die Fachhochschule ist im Süden der Stadt auf einer Konversionsfläche am Rande von Sachsendorf-Madlow angesiedelt, der mit ursprünglich 11.500 WE größten Plattenbausiedlung des Landes Brandenburg. Der durch Um- und Ausbau einer ehemaligen Kasernenanlage entstandene Campus ist insofern ein Beitrag zur Stadtentwicklung, als er hilft, den schrumpfenden Stadtteil zu stabilisieren und zu einem langfristig attraktiven Lebensbereich zu machen, weg von der reinen Wohn- und Schlafstadt.

Zum Thema "Stärkung der Wirtschaft durch die Hochschulen" gibt es keine Untersuchungen, sodass die unmittelbaren Auswirkungen auf die ansässigen Unternehmen schwer einzuschätzen sind. Insgesamt mussten wir die schmerzliche Erfahrung machen, dass der Prozess real doch etwas anders verläuft, als wir es uns Anfang der 1990er Jahre erhofft hatten. Die Ansiedlung der sog. Co-Tech-Pyramide in der Nachbargemeinde Kolkwitz war der damaligen Euphorie geschuldet und ging aus heutiger Sicht in die falsche Richtung, aus der Stadt hinaus.

Wir haben daraus gelernt und zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft der Stadt eine Konversionsfläche für das Cottbuser Innovation Center erschlossen, die nördlich an den Campus der BTU angrenzt und sich in direkter Nachbarschaft zum Flugplatz Cottbus befindet. Sie ist an den Nordring angebunden, den wir im Moment ausbauen und weist damit eine hohe Erschließungsqualität auf. Das Ziel ist hier, ein Flächenangebot für solche Unternehmen zu schaffen, die an einer unmittelbaren Nähe zum Campus interessiert sind. Wir hoffen, diese Flächen mit entsprechenden Vorleistungen und einem langen Atem schrittweise füllen zu können.

Wir haben als Stadt besonders im Bereich Stadtentwicklung/Städtebau, der hochbaulichen Planung sehr gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der BTU und der Fachhochschule gemacht. Die Einrichtungen bringen sich sehr stark in die Entwicklungs- und Diskussionsprozesse ein. Ein Musterbeispiel war die dialogorientierte Planung in der Innenstadt, am Altmarkt, wo auf Initiative der Lehrenden und Studierenden, begleitet durch die Stadtverwaltung eine beispielhafte Einbeziehung der Bürger in den Planungsprozess durchgeführt werden konnte.

Bis in den aktuellen Stadtumbauprozess hinein wird eine umfangreiche Zusammenarbeit der Stadtentwicklung mit den beiden Hochschulen praktiziert. Einerseits in der vorbereitenden Planung für die Umsetzung öffentlicher Baumaßnahmen, andererseits aber auch in der wissenschaftlichen Arbeit. Experimentelle Bauvorhaben etwa zur Wiederverwendung abgerissener Plattenbauten konnten so praktisch durchgeführt und wissenschaftlich ausgewertet werden. Die Erkenntnisse fließen in die kommunalen Planungsprozesse ein. Gleichzeitig profitiert auch die Lehr- und Forschungsarbeit von diesem unmittelbaren Praxisbezug.

Nicht wegzudenken sind die Aktivitäten im Kulturbereich. Lehrende und Studierende nehmen aktiv an den Diskussions- und Entwicklungsprozessen teil, wie man am Beispiel der Zusammenführung des Staatstheaters Cottbus mit der Brandenburgischen Kunstsammlung sehen konnte. Im Rahmen der umfangreichen kontroversen Diskussionen, die diesen Prozess begleitet haben, gab es eine Vielzahl von Aktivitäten und Engagement aus den Hochschulen in die gesellschaftlichen Gremien hinein, die wir nicht mehr missen möchten.

Die Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, dass die Hochschulen nicht nur ein weicher Standortfaktor sind, sondern

einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in Cottbus leisten. Wir sind erfreut, dankbar und auch ein bisschen stolz, dass diejenigen, die diese Universität ausmachen, also die Lehrenden und Studierenden, sich in die Stadt einbringen und immer mehr zu Cottbusern werden.

Michael Kurzwelly, Słubfurt e.V.  
**Welcome to Słubfurt**



Ich möchte mich Ihnen als Stadtführer von Słubfurt vorstellen. Und ich möchte Ihnen eine Stadt vorstellen, in der es gelungen ist, aus der Krise heraus eine Zukunft zu entwickeln.

Słubfurt wurde 1999 gegründet und im Jahr 2000 in das Register der europäischen Städtenamen eingetragen.

Słubfurt hat eine ganz besondere Struktur. Im ehemaligen Grenzgebäude auf der Stadtbrücke befindet sich heute das Rathaus von Słubfurt. Dort sitzen sowohl das Stadtteilparlament von Słub als auch das Stadtteilparlament von Furt sowie das neue Stadtparlament von Słubfurt.

Das Stadtwappen von Słubfurt ist ein Hahn, der auf einem Ei steht. Die Franken, die ehemals die Stadt Frankfurt gründeten, haben diesen Hahn mitgebracht; er war sowohl im Wappen von Słub als auch von Furt enthalten, daher haben wir ihn herausgefiltert. Das Ei wiederum repräsentiert das Neue, das in unserem Stadtraum ständig geboren und erschaffen wird.

Sie finden in unserer Stadt das Słubfurt-Informationszentrum (Centrum Informacyjne Słubfurtu). Hier werden Sie zweisprachig betreut.

Werfen Sie einen Blick auf den Stadtplan von Słubfurt, mit den Stadtteilen Słub und Furt. Wir haben den Plan von der Nord-Süd- in die Ost-West-Richtung gedreht, weil dies die Kommunikationsachse ist. Im vergangenen Juli konnten wir das fünfjährige Stadtjubiläum feiern und haben zu diesem Anlass das Projekt „Słubfurt City?“ ins Leben gerufen. Das heißt, wir haben unsere eigene Stadt infrage gestellt und dazu Spezialisten aus ganz Europa eingeladen.

Das Projekt, mit dem ich persönlich das Jubiläumsjahr eingeläutet habe, ist die Słubfurter Stadtmauer. Entlang eines Kreises soll sie überall dort gebaut werden, wo es technisch machbar ist. Sie kennzeichnet den Identitätsraum unserer Stadt. Das erste Teilstück der Mauer steht bereits im Stadtteil Słub und wurde von Słubfurter Kids und Jugendlichen sofort angenommen. Das zweite Teilstück wird hier in Furt entstehen. Die Mauer ist fünfzig Zentimeter hoch, sodass man sich darauf setzen kann und sie somit der Kommunikation dient.

Hier auf dem Stadtplan haben wir die Ulica Słubfurtcka, die Słubfurter Straße, welche die zentrale Achse unseres Stadtraumes darstellt. Sonst haben wir auf diesem Plan kaum Straßennamen verzeichnet. Es läuft nämlich gerade eine Aktion, bei der Bürger und Gäste der Stadt mit diesem Plan durch die Straßen laufen und sich neue Namen überlegen können.

Ein ganz besonderes Projekt – in diesem Falle für Berliner Teilnehmer, demnächst aber auch für Warschauer – hat sich die

Tourismusspezialistin Judith Siegmund ausgedacht. Bei „Starter Kompakt“ werden Busreisen von Berlin nach Słubfurt angeboten, wobei die Teilnehmer unterwegs an einem Intensivkurs in Polnisch teilnehmen.

Als nächstes haben wir für Leute, die gerne nach Słubfurt ziehen möchten, die Möglichkeit geschaffen, Probe zu wohnen. Unser Wohnungsbau-Experte Christian Hasucha hat sich dafür die „Loggia“ überlegt. Das ist ein Balkon auf Höhe des zweiten Stockwerkes, auf dem man Probewohnen konnte. Das wurde sehr gut angenommen.

Dann haben wir uns überlegt: Wie kann man das Problem der Identität jenseits von nationalen Kategorien neu fassen? Dazu haben wir die Biologen Cinzia Cozzi und Bernardo Giorgio aus Siena eingeladen, die sich mit der Migration von Schmetterlingen in Słubfurt auseinandergesetzt haben. Bernardo Giorgi hat eine Zusammenstellung von verschiedenen Pflanzen vorgenommen, und Bürger sowohl aus Słub als auch aus Furt konnten diese Pflanzen adoptieren. Nun wird auf der Basis der Migration von Schmetterlingen ein neuer Stadtplan entwickelt, der der Migration von Słubfurtern dienen soll.

Was kann nationale Identifikation besser überbrücken als die Tierstimme? Eine Tierstimme kann jeder von uns imitieren, sie hebt die nationale Identität auf. Deshalb haben wir ein Słubfurter Tierstimmen-Casting durchgeführt, bei dem die Słubfurter ihre Version des Słubfurter Brückenhahns zum Besten gaben, und eine Jury aus oberösterreichischen Landwirtinnen und Landwirten hat die Tierstimmen der 63 Teilnehmer bewertet. Sie hat sich für Damian Mielczarek aus dem Stadtteil Słub entschieden. Seitdem hören Sie das Wahrzeichen unserer Stadt zu jeder vollen Stunde auf der Stadtbrücke krähen. Auf unserer Internetseite [www.slubfurt.net](http://www.slubfurt.net)

können Sie den Słubfurter Brückenhahn auch als Klingelton herunterladen.

Als nächstes hat die Psychologin Katarzyna Podgórska-Glonti Fragebögen erstellt, in denen sich Słubfurter Bürger zu ihrer Identität äußern konnten. Die ausgefüllten Fragebögen wurden mit einem Passbild versehen und hingen einen Monat lang als Fahnen im Słubfurter Stadtraum.

Słubfurt ist offen für alle Neubürger. Sie können bei uns den Słubfurter Personalausweis beantragen. Wir haben bereits chinesische Neubürger, eine Bürgerin aus Weißrussland, Bürger aus der ganzen Welt.

Nichts ist Identitätsstiftender als das Geld. Deshalb hat Roland Schefferski eine Münze entworfen, das Słubfurter Geld. Diese Münzen wurden als verlorene Münzen im Stadtraum verteilt. Besonders engagierte Słubfurter erhalten von uns als Auszeichnung die Słubfurter Münze in Silber.

Sandrine Nicoletta, eine italienische Fotografin, hatte zu einem „Porträtfoto der Słubfurter“ auf der Stadtbrücke eingeladen. Als poetische Metapher für das Gleichgewicht zwischen den Kulturen trat dabei ein Seiltänzer auf. Das Porträtfoto wird in der nächsten Woche in unserer zweisprachigen Stadtzeitung „Profil“ als großes Poster erscheinen.

Das Heft XING war ein Forschungsprojekt der österreichischen Stadtplaner Manuel Schilcher und Bernhard Seyringer, die sich intensiv mit den verschiedenen Aspekten der Stadtplanung in Słubfurt beschäftigt haben.

Wenn Sie über die Słubfurter Stadtbrücke gehen, sehen Sie das Schlussbild für das „Słubfurt City?“-Projekt des Poeten Massimo Bartolini: eine Anlage zur Bewässerung der Oder. Sie pumpt das Wasser aus der Oder und schießt einen 16 Meter lan-

gen Strahl entgegen der Strömung, so dass das Wasser zweimal an der gleichen Stelle vorbeifließt, womit die Frage nach den Energien, die notwendig sind, um neue Dinge zu entwickeln, aufgeworfen wird.

Gemeinsam mit der Universität Viadrina und dem Collegium Polonicum planen wir für 2007 die Stufurt-Triennale, die dann alle drei Jahre stattfinden soll. Dort werden Wissenschaftler gemeinsam mit Künstlern, Studenten und Bürgern Entwürfe für neue Strukturen entwickeln. Es ist eine sechsmonatige Ausstellung vorgesehen, und wir vermuten, dass dieses Konzept so einschlagen wird, dass wir in Kürze der documenta in Kassel Konkurrenz machen können.

„Stufurt City?“, ein Projekt, gefördert durch:

Kulturstiftung des Bundes

Kulturbüro Frankfurt (Oder)

Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

Wohnbau Frankfurt (Oder)

Dr. Jochen Korfmacher, Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)

### Zusammenfassung und Ausblick

Es gibt keinen Zweifel: Die Innenstadt von Frankfurt (Oder) hat sich in den letzten Jahren vorteilhaft verändert. Der Einsatz von Fördermitteln aus verschiedenen Programmen hat die privaten Investitionen vervielfacht und die angestrebte Belebung des Zentrums deutlich beschleunigt. Dazu beigetragen hat die geschickte Bündelung der den Fördergebietskulissen zugeordneten Ressourcen für verschiedene Fördergegenstände und die zeitliche Fokussierung auf große Stadtfeste als zusätzlicher Treibsatz: Brandenburgtag, Hanse-tage, 750-jähriger Geburtstag.

Knapp die erste Hälfte des vorgesehenen Zeitraums für die Sanierung kann also als Erfolgsgeschichte dokumentiert werden. Wie geht es aber weiter in der zweiten Halbzeit bis 2010-13? Zeitgleich zur schrittweisen Neugestaltung des Stadtkerns erlebten andere Quartiere in der Stadt einen teils drastischen Rückgang der Bevölkerung und eine Zunahme an Wohnungsleerstand – typische Indikatoren des ökonomischen Strukturwandels und der schrumpfenden Stadt.

Mit der Fortschreibung der Neuordnungskonzeption für die Innenstadt als städtebauliche Orientierung wurden daher im Jahr 2005 die einzelnen Leitlinien und Ziele einer gründlichen Prüfung unterzogen. Dabei stellte sich heraus, dass sie im Grundsatz auch weiterhin gültig bleiben sollen. Die Innenstadt ist weiter in ihrer Funktion als Wohnort, als urbaner Kern kommerzieller, kultureller und sozialinfrastruktureller Angebote auszugestalten und die funktionale Verknüpfung verschiedener Nutzungen durch verkehrliche Verbindungen zu verbessern.

Auch die angemessene städtebauliche Aufwertung der Grün- und Freiflächen, der Plätze und Stadträume, der Uferbereiche und die Bewahrung der wenigen über-

kommenen historischen Gebäude bleibt im Fokus der übergeordneten Zielsetzung einer Innenstadtbelebung – insofern also eine Kontinuität des bisher erfolgreichen Verfahrens, allerdings in deutlich bescheideneren und reduzierten Größenordnungen der ursprünglich vorgesehenen baulichen Maßnahmen.

Zwei Aspekte von größerer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Innenstadt wurden hervorgehoben, die zwar auch in den letzten Jahren thematisiert aber, gemessen an ihrer Bedeutung für die Zukunft, noch nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Zum einen geht es um die Europa-Universität Viadrina mit ihrem besonderen, auf Osteuropa gerichteten Profil als ein möglicher Motor der Stadtentwicklung. Zum anderen um die Chancen und Effekte einer kommunalpolitischen, regional-ökonomischen und kulturellen Vertiefung einer Kooperation mit der Schwesterstadt Słubice und der Nachbarregion seit dem EU-Beitritt Polens im Jahre 2004. Beide Themenkomplexe sind in den letzten Jahren häufig auf Tagungen, Seminaren und Konferenzen behandelt worden.

Weshalb also noch eine weitere Konferenz?

Die Veranstalter erhofften sich möglichst konkrete Anhaltspunkte, aber auch Ideen für die Weiterführung der Innenstadtkonsolidierung, bezogen auf die Universität als ein Motor für die Strategie und die Doppelstadt als neue städtebaulich-urbane Matrix für die Aktivierung zusätzlicher Effekte. Dabei sollten einerseits Erfahrungen aus anderen Universitätsstädten (wie Cottbus<sup>1</sup>) und anderen Doppel-

---

1 Vortrag von Herrn Egbert Thiele, Amtsleiter Stadtentwicklung und Stadtplanung Cottbus

städten (wie Guben/ Gubin<sup>2</sup>) gesammelt werden.

Andererseits sollte aber auch ein breites Spektrum an Fragestellungen aufgeworfen werden. Dabei standen, bezogen auf den Themenkreis der Universität als Motor, die stadt- und regionalwissenschaftlichen Konzepte der wissensbasierten Stadt- und Regionalentwicklung im Mittelpunkt. Es ging vor allem um bestehende und weiter auszugestaltende Kooperationsfelder zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Ziel, ihre synergetischen Verknüpfungschancen zugunsten ökonomischer Konsolidierungsprozesse zu nutzen.<sup>3</sup>

Außerdem sollte ein Überblick über den Stand der Diskussion zum Thema „Transnationale Doppelstädte“ gegeben werden, der die unterschiedlichen Rahmenbedingungen dieses Stadttyps systematisiert und bisherige Kooperationsformen beispielhaft illustriert.<sup>4</sup>

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Berichterstattung über konkrete Projekte vor Ort in Frankfurt (Oder) und Słubice. Im Rahmen dieser Konferenz stand dabei eine zeitgemäße Integration national unterschiedlicher Lebenswelten in Frankfurt und Słubice durch künstlerisch-kulturelle Formen als ein Labor für eine bessere Kommunikation am Beispiel des Projektes „Słubfurt“ im Mittelpunkt.<sup>5</sup>

Am Beispiel des grenzüberschreitenden Europagartens 2003 wurden die alltäglichen Herausforderungen bei der Durch-

führung binationaler Projekte anschaulich vorgetragen.<sup>6</sup>

Eingebettet wurden diese Beiträge zum einen in den Kontext der bisherigen Innenstadtgestaltung seit Ende der 1990er Jahre in Frankfurt (Oder). Sie setzt sich ihrerseits sowohl mit den veränderten Konditionen der realen Stadtschrumpfung als auch mit der bemühten Netzwerkbildung in Stadt und Region zwischen den zukunftsfähigen wirtschaftlichen Unternehmungen im Bereich der Teleinformation und -kommunikation auseinander. Dadurch wurde deutlich, wie die kommunale Wirtschaftsförderpolitik auf Clusterbildung und Kompetenzzentrenbildung als nachhaltige Strategie einer lokalen und regionalen Wirtschaft setzt.

Zum anderen wurde deutlich gemacht, dass die Innenstadtentwicklung mit der gesamtstädtischen Entwicklung kontinuierlich ausbalanciert werden muss, wenn sie die Akzeptanz der Bevölkerung finden will. Nur dadurch sind die einzelnen Maßnahmen des Stadtumbaus in den peripheren Quartieren verständlich zu machen.<sup>7</sup>

Eine große Bedeutung wurde auch der Schilderung zukünftiger Strategien und Konzepte einer veränderten Regional- und Stadtentwicklungspolitik beigemessen, die derzeit vom verantwortlichen Landesministerium für Infrastruktur und Raumordnung erarbeitet wird. Die sich aus dieser Neuausrichtung ergebenden Anforderungen an eine Präzisierung und Profilierung lokaler Entwicklungsabsichten stellen noch klarer als bisher die Bedeutung für die kompakte Innenstadtentwicklung in den Vordergrund und verändern entspre-

---

2 Vortrag von Herrn Bürgermeister Klaus-Dieter Hübner

3 Vortrag von Herrn Prof. Dr. Matthiesen, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner

4 Vorträge von Frau Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast, Europa-Universität Viadrina und Frau Brunhild Greiser, Landesamt für Bauen und Verkehr

5 Vortrag von Herrn Michael Kurzwelly, Bürgermeister von Słubfurt

---

6 Vortrag von Herrn Dr. Frank Jost, Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V.

7 Vortrag des Beigeordneten für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz Frankfurt(Oder), Herrn Peter Edelmann und Begrüßung durch Oberbürgermeister Martin Patzelt

chend die zugeordneten verschiedenartigen Förderprogramme und Fördergegenstände zugunsten der Beförderung der damit verknüpften Maßnahmen.<sup>8</sup>

Neben diesen Themenkomplexen steht ein weiterer Beitrag, der in skeptischerer Form diejenigen Humanressourcen und Energien beleuchtet, die letztlich hinter den analytischen Thesen und dem Erfahrungswissen anderenorts stecken. In diesem Zusammenhang werden auch Vorschläge unterbreitet, die auf notwendige Reformen verweisen, die ihrerseits durch Experimente vorbereitet werden müssen.<sup>9</sup>

In den einzelnen Beiträgen wurden die unterschiedlichen Aspekte transnationaler und Universitätsstädte dergestalt vorgebracht, dass durchaus erkennbar wurde, wo Stärken und Schwächen der transnationalen Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Ślubiice liegen: Positiv sind zunächst neben der Existenz der Universität die vielen Netzwerke für Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Außerdem die deutlich artikulierte und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene „Wirtschaftsstrategie 2004“ als Absicht der Stadt, diese Entwicklungen zu fördern. Ebenso sind vielfältige wirtschaftliche, kulturelle, soziale kommunale Kooperationen, gemeinsame Projekte, bilaterale Planungen und steigende Zahlen deutsch-polnischer Eheschließungen zu verzeichnen.

Das alles reicht im gegenwärtigen Stadium jedoch noch nicht aus, die ehrgeizigen Ziele einer wissensbasierten Stadt- und Regionalentwicklung kurz- und wohl auch mittelfristig zu erreichen. Allerdings ist der Zielrahmen einer diesen komplexen Prozessen adäquat zuzuordnenden Innen-

stadtentwicklung deutlich bescheidener. Trotz Einsatz modernster Kommunikationsmittel aller beteiligten Akteure untereinander, die sich mit ihren Unternehmen und Institutionen an Standorten größtenteils außerhalb der Innenstadt niedergelassen haben, bleibt nach aktuellen wissenschaftlichen Studien die Kontaktebene der Face-to-face-Kommunikation nach wie vor eine zentrale Schaltstelle im Prozess der Forschung und Entwicklung.

Ohnehin bleibt die städtebauliche Qualität einer Stadt und die urbane Funktionalität ein zentrales Ziel. Darin enthalten ist das, was die urbane Öffentlichkeit der europäischen Stadt mitprägt: Forum und Markt für Begegnung und Kommunikation in einer Konfiguration gestalteter Räume, soziokulturelle Angebote, Einrichtungen für Freizeit und Erholung – die klassischen „weichen“ Standortfaktoren, die für die Lebensqualität auch in einer wissensorientierten Stadtgesellschaft unabdingbar sind.

Insofern kann als ein Ergebnis der Konferenz gelten, die Aufwertung der Innenstadt entsprechend weiterzuführen. Allerdings sind stringenter als bisher die verschiedenen auf der Konferenz erwähnten Akteure einer Wissensgesellschaft und diejenigen, die eine Doppelstadt prägen, in die konzeptionelle Planung und in entsprechende Investitions- und Standortentscheidungen in der Innenstadt einzubeziehen.

Aufzugreifen wäre auch das Kooperationsangebot des IRS. Zwei Forschungsabteilungen des Leibniz-Instituts entwickeln Konzepte über „wissensbasierte Regenerationsstrategien als Lernprozess“ in den Städten. Dabei geht es um Hindernisse und Blockaden dieses komplexen Prozesses mit vielen Akteuren auf dem Weg zu einer effizienten Kooperation von Wissen und Ökonomie im städtischen und regionalen Kontext. Es geht aber auch um Potenziale, um Überraschungen und unvermutete Ressourcen, die in der

8 Vortrag von Frau Rita Werneke, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg

9 Vortrag Dr. Krzysztof Wojciechowski, Collegium Polonicum



Stadt schlummern oder durch rückwärts gewandte Routine häufig von den lokalen Protagonisten nicht mehr oder noch nicht wahrgenommen werden. In dieser Studie könnte Frankfurt (Oder) als Pilotstadt sicher weitere Erkenntnisse zusammentragen.

## Teilnehmerliste

Frau	Albani	PLK Städtebau
Herr	Albeshausen	Architekturbüro Albeshausen & Hänsel
Frau	Albeshausen	Bürgerforum Innenstadt
Herr	Annuß	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Beusch	Landschaftsarchitekturbüro Beusch
Herr	Bloch	Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)
Herr	Blontke	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Bossan	Frankfurter Institut für umweltorientierte Logistik e.V.
Frau	Bunk	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Dinse	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Dochow	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Edelmann	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Frau	Engel	Stadt Guben
Frau	Fenger	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Frau	Förster	Bürgerforum Innenstadt
Herr	Frischgesell	Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg
Herr	Gersmeier	Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)
Herr	Gleisenstein	Raumplaner
Frau	Gorn	Architektur- und Ingenieurbüro GmbH
Frau	Greiser	Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg
Herr	Hänsel	Architekturbüro Albeshausen & Hänsel
Frau	Haring	Interessengemeinschaft Innenstadt Frankfurt (Oder).
Frau	Heinz	Planungsbüro Ernst Basler + Partner
Herr	Hempel	Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)
Herr	Henschke	Stadtverordneter
Herr	Hübner	Stadtverwaltung Guben
Herr	Ihlow	Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt
Herr	Isken	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Frau	Jajesniak-Quast	Europa-Universität Viadrina
Frau	Janke	Tourismusverein Frankfurt (Oder)
Frau	Jegorow	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Jenner	Architekturbüro Jenner & Schulz
Herr	Dr. Jost	Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung
Frau	Kleemann	Euroregion Pro Europa Viadrina
Herr	Knauth	Handwerkskammer Frankfurt (Oder)
Herr	Dr. Korfmacher	Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)
Herr	Krauter	Landschaftsplaner Frankfurt (Oder)

Frau	Kurth	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Kurzwelly	Slubfurt e.V.
Frau	Lerz	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
Herr	Meyer	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Müller	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH
Frau	Nülken	Architekturbüro Nülken
Herr	Nülken	Architekturbüro Nülken
Herr	Patitz	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Prof. Dr. Häde	Europa-Universität Viadrina
Herr	Prof. Dr. Matthiesen	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
Herr	Rogge	Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt
Herr	Ruge	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Frau	Rusteberg	Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE)
Frau	Schadow	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Schneider	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Schütz	Stadtverordneter
Herr	Schwartze	Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Frau	Staven	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Frau	Stellmacher	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Theuer	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Thiele	Stadtverwaltung Cottbus
Frau	Thierbach	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
Herr	Tief	Stadtverordneter
Frau	Töpfer	Architekturbüro Töpfer
Herr	Dr. Töpfer	Architekturbüro Töpfer
Frau	Werneke	Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Brandenburg
Frau	Wilhelm	Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg
Herr	Windscheffel	Wohnungsbaugenossenschaft Frankfurt (Oder) eG
Herr	Dr. Wojciechowski	Collegium Polonicum
Herr	Wullekopf	Stadtteilkonferenz Nord
Herr	Zeil	Architekt Frankfurt (Oder)
Frau	Zeuge	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)